Sonntag, 10. Februar 1924. Einzelnummer 200000 Mark. 63. Jahrgang. Nr. 34.



Bezugspreis*) monatl. M.: bei der Geschäftsst. 4 800 000, bei den Ausgabest. 5 000 000, durch Zeitungsb. 5 200 000, durch Post . . . 5 512 000 einschl. Postgebühren, ins Ausland 8 000 000 v. M. in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise sind als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens. 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr.

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen. Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Erschwerung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

Das wirtschaftliche Zusammengehen Polens mit Frankreich soll demnächst in der Neueinteilung des Kohlenexports weiteren Ausdruck finden. Da Frankreich sein wirtschaftliches Interesse an der Ruhr nach wie vor auf die Kohle und den Koks richtet und ein weiterer französischer Einfluß in den Aufsichtsräten und Verwaltungen der deutschen westlichen Bergbauindustrie angestrebt wird, wurden die Vertreter der Franzosen in Polen, und zwar der Aufsichtsrat der polnisch-französischen Grubengesellschaft (die die fiskalischen Gruben Ostoberschlesiens auf die Dauer von 36 Jahren gepachtet hat) und einige polnische leitende Persönlichkeiten aus Handel und Industrie kürzlich nach Paris berufen, wo die neue Kohlenpolitik ausführlich erörtert wurde. Polen soll von Frankreich die Weisung erhalten haben, seine Richtlinien für die Kohlenausfuhr dahin zu prüfen, daß sie sich mit den wirtschaftlichen Absichten Frankreichs in jeder Beziehung decken. Es ist, wie uns berichtet wird, mit den polnischen Vertrauensmännern der französischen Regierung vereinbart worden, daß infolge einer etwaigen Verschlechterung der Lage auf dem Kohlenmarkt die weitere Organisierung der Auslandsmärkte vorgenommen werden soll. Polen soll alles tun, um seinen Kohlenabsatz nach dem Osten weiter auszubauen. Die polnische Kohlenlieferung nach der Tschechoslowakei, nach Oesterreich, Ungarn, Südslawien usw. soll auch zukünftig beibehalten werden, dagegen wird die Vergrößerung des polnischen Kohlenexports nach der Schweiz, der beabsichtigt war, nicht in dem projektierten Umfange vorgenommen werden, weil Frankreich die Schweiz zu beliefern gedenkt. Auch wollen Frankreich und Belgien die Nordstaaten künftig mit Kohle reichlicher versorgen, so daß auch hier die Einsetzung eines größeren polnischen Exports nicht erfolgen wird. Die näheren Ausfuhrpläne sollen sobald als möglich ausgearbeitet werden.

Auch bezüglich der Kohlenpreispolitik werden Polen und Frankreich gemeinsam handeln. Die Kohlenlieferungen Polens an die Tschechoslowakei werden zu Preisen erfolgen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen der Tschechoslowakei möglichst Rechnung tragen. Die Kohlenlieferungen nach dem Deutschen Reiche werden weiterhin in deutscher Währung berechnet werden. Polen ist im Einvernehmen mit Frankreich gewillt, seine Kohlen fernerhin unter den Weltmarktpreisen (seit Monaten war der Weltmarktpreis schon erheblich überschritten worden) abzugeben. Es zeigt sich auch hierbei, daß Polen und Frankreich gemeinsam als montanindustrielle Weltfaktoren auf den Plan zu treten gewillt sind.

Daß das geschäftliche Interesse Frankreichs auch im Nordosten Europas immer reger wird (vor dem Kriege unterhielt es keine nennenswerten Handelsbeziehungen dorthin) ist aus dem Umstande ersichtlich, daß es im Laufe der Zeit seinen Einfluß in den Randstaaten immer mehr zur Geltung gebracht hat, hauptsächlich aus dem Bestreben heraus, jede andere Konkurrenz mit allen Mitteln zu bekämpfen. Jedenfalls sucht sich das französische Kapital die Vormachtstellung in der europäischen Industrie zu sichern, und zwar mit polnischer Hilfe, weil die Gesamtwirtschaft Polens in hohem Grade von dem französischen Kapital abhängig ist.

Die Lage des polnischen Kohlenexportgeschäfts ist übrigens, wie in diesem Zusammenhang bemerkt werden muß, gegenwärtig wenig günstig. Allein die Produktion Oberschlesiens, die etwa 75 v. H. der polnischen Gesamtförderung ausmacht, würde eine jährliche Ausfuhr von 23 Millionen Tonnen ermöglichen. Ob dieses Quantum im laufenden Jahre erreicht werden wird, erscheint aber recht fraglich, wenn die derzeitigen Verhältnisse, die auf den Export einen hemmenden Einfluß ausüben, noch längere Zeit fortdauern. Dazu gehört vor allem der Rückgang der Kohlenabnahme durch Deutschland, das inzwischen die Kohlenförderung im Ruhrgebiet wieder zu steigern vermocht hat und sich auch mit englischer Kohle für große Teile des Landes weit vorteilhafter eindecken konnte. Während im letzten Herbst dieser Ausfall durch eine vermehrte Ausfuhr polnischer Kohle nach der Tschechoslowakei einigermaßen wettgemacht werden konnte infolge des dortigen Bergarbeiterstreiks, erschwert die jetzt von der Tschechoslowakei Polen gegenüber getriebene Handelspolitik die Ausfuhr ganz außerordentlich. So hat die Tschechoslowakei u. a. die Eisenbahntarife für den Transitverkehr polnischer Kohle nach Österreich wiederum derart erhöht, daß die polnische Kohle mit der tschechoslowakischen in Österreich nicht mehr konkurrieren kann. Die betroffenen Wirtschaftskreise haben sich, wie wir hören, bereits an die polnische Regierung zwecks Einführung von Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem tschechischen Handel gewandt, wobei vor allem eine Eisenbahntariferhöhung für den Transitverkehr tschechoslowakischer Erzeugnisse nach Rußland und Danzig in Frage käme. Aber auch in Rumänien hat die tschechische Kohle wegen günstigerer Tarifierung und billigerer Produktionskosten bereits die Vorhand vor der polnischen gewonnen. Die noch verbliebenen Exportmöglichkeiten werden wegen der noch immer unzureichenden Eisenbahnverhältnisse (Waggonmangel, Verstopfung der Strecken und Rangierbahnhöfe) vorläufig auch nicht genügend ausgenützt werden können. Die aus diesen Gründen eingelegten Feierschichten bilden noch heute bei verschiedenen Gruben eine regelmäßige Erscheinung. Schließlich hat sich auch die Ermäßigung der Kohlensteuer, die in der polnischen Montanindustrie als Gegenleistung für die in Hochvaluten abgeführten, bzw. noch abzuführenden Vorauszahlungen auf die polnische Vermögensabgabe gewährt worden ist, noch nicht als eine Erleichterung des Exportgeschäfts auszuwirken vermocht. Die Abstufung dieser Kohlensteuerermäßigung wird von den kleineren Kohlenbergwerken im Dąbrowaer Gebiet sogar als schädigend empfunden. Denn diese Ermäßigung beträgt für Oberschlesien 10 v. H., für Dąbrowa bei den großen Werken 9 v. H., bei den kleineren aber nur 6 v. H. Verschiedene kleineren Gruben haben deshalb schon den Betrieb stillegen oder doch stark einschränken müssen. In einer Eingabe an das Finanzministerium verlangen sie eine Herabsetzung der Kohlensteuer um ebenfalls 10 v. H. Andernfalls sei mit der Brotloswerdung von etwa 5000 Arbeitern zu rechnen. Ohne bedeutende Herabsetzung der polnischen Kohlenpreise, die sich aber wohl erst nach der jetzt versuchten Stabilisierung der polnischen Währung ermöglichen lassen wird, ist mit einer nennenswerten Hebung des polnischen Kohlenexports bestimmt nicht zu rechnen.

Ausschlaggebend wird trotz all den oben dargelegten polnisch-französischen Zukunftsplänen immer der deutsche Markt bleiben, der früher 40 v. H. der oberschlesischen Kohlenproduktion aufnahm, jetzt aber Zahlungsbedingungen beanspruchen muß, die Polen vorläufig nicht gewähren kann. Wer es dahin gebracht hat, daß Deutschland solche für Polen ungünstige Zahlungsbedingungen stellen muß, braucht nicht erst gesagt zu werden.

Oberschlesien und das Militärgesetz.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 8. Februar. Das Militärgesetz wurde am Freitag im Sejm in dritter Lesung angenommen. Hierbei entspann sich noch eine sehr interessante Diskussion, die durch den Sozialisten Biniszkiewicz eingeleitet wurde. Er erklärte, daß die große Masse in Oberschlesien von der Dienstpflicht die das neue Gesetz auch auf Oberschlesien ausdehne, nichts wissen wolle. Den Oberschlesiern sei vor der Abstimmung über die zu wünschende Landeszugehörigkeit versprochen worden, daß sie während acht Jahren von der Dienstpflicht befreit bleiben sollten. Als der oberschlesische Sejm den Beschluß faßte, den Warschauer Sejm aufzufordern, die Dienstpflicht auch auf Oberschlesien auszudehnen, sei dieser Beschluß nur mit einer Stimme Mehrheit gefaßt worden. Der Warschauer Sejm habe also nicht das Recht, ein damals vor der Abstimmung gegebenes Versprechen zu brechen. Wohl die Hälfte des oberschlesischen Volkes wolle nichts von der Dienstpflicht wissen, und die Abgeordneten, die im oberschlesischen Sejm für die Ausdehnung der Dienstpflicht auf Oberschlesien eintraten, hätten bei weitem nicht alle ihre Wähler für sich. In den Versammlungen, die von den Nationaldemokraten und den Anhängern der Liste 8 einberufen worden seien, habe sich nur eine geringe Anzahl von Wählern für die Dienstpflicht erklärt. Während der Plebiszitzeit habe sich Korfanty selbst nach Warschau begeben, um die Befreiung der Oberschlesier von der Dienstpflicht während acht Jahren zu verlangen, und gerade die Aussicht, auch in Polen von der Dienstpflicht befreit zu werden, zu der Zeit, als gerade in Deutschland die Dienstpflicht verschwand, habe viele Oberschlesier veranlaßt, sich für Polen zu erklären. Der Redner schlägt vor, daß den Oberschlesiern die Befreiung von der Dienstpflicht bis zum Ablauf der acht Jahre gewährt bleibe und daß nur Freiwilligen aus Oberschlesien der Zutritt zum Heere offen stände. Korfanty sucht in seiner Antwort die vom Vorredner gegebenen Darlegungen zu entkräften. Er sei damals nicht nach Warschau gegangen, um für Oberschlesien die achtjährige Befreiung durchzusetzen. Der Ministerrat habe das selbständig beschlossen. Wenn aber die Oberschlesier im polnischen Heere dienen wollten, so solle man diesem Wunsche entsprechen. Kwiatkowski von der Korfantypartei unterstützte ihn natürlich. Er behauptet, daß auf allen Versammlungen, auf denen er gesprochen habe, die Zuhörerschaft die Dienstpflicht für Oberschlesien verlangt habe. Oberschlesien wolle in dieser vaterländischen Angelegenheit nicht zurückgesetzt werden. Reger (Sozialist) steht auf demselben Standpunkt wie Biniszkiewicz. Er sucht einen Ausweg, indem er vorschlägt, daß, falls die von Biniszkiewicz formulierte Fassung nicht angenommen werde, das Gesetz doch den Zusatz erhalte, daß die Dienstpflicht nur „im Falle des Bedarfs" vor Ablauf der acht Jahre auf Oberschlesien ausgedehnt werde. Die Anträge der Sozialisten fielen, wie zu erwarten war, durch, und somit wurde die Dienstpflicht, entgegen dem einst abgegebenen Versprechen, gegen die Stimmen der Sozialisten und der Minderheiten, auch für Oberschlesien gesetzkräftig.

Reisen von deutschstämmigen Polen ins Ausland

Der Abgeordnete Graebe vom deutschen Klub richtete eine Interpellation an den Minister des Innern wegen der in Pommerellen und Posen von den Behörden so oft geübte Verweigerung oder weitgehende Erschwerung des Paßvisums bei Geschäfts- und anderen dringenden Reisen ins Ausland und vor allem nach Deutschland. Graebe wies auf die sehr ernsten wirtschaftlichen Schädigungen hin, die durch ein solch ungerechtfertigtes Verhalten entstehen. Er fordert den Minister auf, hier Abhilfe zu schaffen.

Die Todesstrafe

wurde im Militärgesetz beibehalten. Für die Abschaffung hatten die Minderheiten, die Sozialisten und die „Wyzwolenie" gestimmt, aber sie blieben gegen die Mitglieder der übrigen Parteien in der Minderheit.

Die Kohlenpreise in Polen.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Warschau, 8. Februar. In der heutigen Sitzung der Kohlenkommission machte der Minister für Handel und Industrie einige bemerkenswerte Äußerungen über den augenblicklichen Stand der Kohlenpreise. Er sagte: Vor einigen Tagen haben zwischen der Regierung und den Vertretern der Bergwerksindustrie Verhandlungen stattgefunden. Die Industrievertreter forderten die Herabsetzung der Kohlensteuer. Die Regierung sagte eine Herabsetzung der Kohlensteuer zu unter der Bedingung, daß auch die Bergwerksindustrie die Nettopreise für Kohle herabsetze. Nachdem die Industrievertreter sich bereit erklärt hatten, den Kohlenpreis um 20 Prozent zu ermäßigen, wurde auch von seiten der Regierung die Kohlensteuer um 10 Prozent herabgesetzt, so daß der Kohlenpreis ab 6. Februar um insgesamt 30 Prozent verbilligt werden konnte. Während der Verhandlungen regte nun die Industrie an, die Regierung möge die Initiative ergreifen, damit auch die Arbeiterlöhne herabgesetzt werden. Der Regierungsvertreter lehnte ab, unter der Begründung, dies sei Sache der Industrie, die Regierung werde aber gerade die Industrie in diesem Sinne unterstützen. Der Kohlenpreis müsse aber unbedingt noch weiter herabgesetzt werden, führte der Minister aus, denn es sei unumgänglich notwendig, daß die oberschlesische Industrie konkurrenzfähig bleibe. Die weitere Herabsetzung der Kohlenpreise könne aber nicht allein auf Kosten des Staates und der Industrie geschehen. Auch die Arbeiterschaft müsse ihr Opfer bringen. Es müsse daher unbedingt zu einer Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern kommen. Und zwar im allgemeinen Interesse so rasch wie möglich. Sowohl von der Industrie als auch von der Arbeiterschaft erwartet der Minister noch weitere Opfer. Er beabsichtigt auch mit der Eisenindustrie wegen Herabsetzung der Eisenpreise in Verhandlungen einzutreten. Der Minister machte auf eine Anfrage hin noch einige zum Teil auch anfechtbare Mitteilungen über die Weise, in der er sich eine Besserung der Arbeitsleistungen denke, deren Rückgang auffallend ist. — Die Hauptschuld am Rückgang der Arbeitsleistung des einzelnen trage die große Vermehrung der Zahl der Arbeiter im Vergleich zu der Vorkriegszeit. Will man aber die Zahl der Arbeiter reduzieren, so wird das sicherlich den Widerstand der Betriebsräte hervorrufen. Auch würden bei den Arbeiterentlassungen Teilnehmer an den Aufständen in großer Zahl getroffen (also jene Elemente, die den Kampf gegen das Deutschtum in Oberschlesien bis auf den heutigen Tag mit allen Mitteln, selbst mit den unzulässigsten, führen.) Der Staat habe aber gerade gegen die Aufständischen eine Dankespflicht, und er dürfe sie nicht brotlos machen. Der Minister fürchtet auch die politische Wirkung, die mit Arbeiterentlassungen verbunden sind. Für eine Hebung der Produktion fehle der ausländische Absatz, besonders nach Deutschland. Im Inland aber fehlen die Bahnen, um bei genügendem Bedarf eine Verteilung an die Bevölkerung vornehmen zu können. Der Bedarf pro Kopf der Bevölkerung stellt sich auf nur 0,50 Tonnen, in Österreich (wo es zudem noch viel wärmer ist als in Polen) auf 1 Tonne. Nun kommt der Minister zu einigen recht eigentümlichen Ausführungen. Er behauptet nämlich, die Schuld an der geringen Arbeitsleistung trage die schlechte Disziplin. Denn die polnischen Arbeiter hätten meist deutsche Aufsichtsbeamte, deren Befehle sie nicht ausführen wollten (!) — (Nach unseren Informationen ist der Minister hier wirklich nicht auf dem Laufenden, denn es scheint doch, daß Insubordinationen gegen deutsche Aufsichtsbeamte wegen deren Deutschtum doch kaum bekannt geworden sind. Was beabsichtigt eigentlich der Minister mit solchen Andeutungen?) — Leider, so meint der Minister, sei es infolge der Genfer Verträge unmöglich, hier eine Änderung eintreten zu lassen. Als dritten Grund für die geringe Arbeitsleistung nennt der Minister die 7½ stündige Arbeitszeit für Untertagarbeit, von der noch 1—1¼ Stunden (für den Weg usw.) in Abzug zu bringen seien. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder kam zu der Ansicht, daß es nötig sei, entweder die Arbeiterzahl zu verringern, oder die Arbeitszeit zu verlängern oder die Löhne herabzusetzen.

Die neuen deutsch-polnischen Verhandlungen.

Mitte Januar d. Js. wandte sich die polnische Regierung durch Vermittlung des polnischen Gesandten in Berlin an die deutsche Regierung mit dem Vorschlag, Unterhandlungen in Sachen des Art. 4 und zweier Angelegenheiten des Art. 8 des Versailler Vertrages aufzunehmen, bei bon office des Völkerbundrats und im Einvernehmen mit dem Beschluß des Rates vom 14. Dezember 1923. Im Sinne dieses Beschlusses schlug die polnische Regierung der deutschen auch vor, Unterhandlungen in allen anderen, das Programm der polnisch-deutschen Unterhandlungen vom 22. Juli 1922 umfassenden und bisher nicht erledigten Angelegenheiten aufzunehmen. Am 30. Januar l. Js. erklärte sich die deutsche Regierung bereit, zu diesen Unterhandlungen zu schreiten. Am 5. Februar händigte der polnische Gesandte in Berlin dem deutschen Außenminister Stresemann Noten ein, in denen er vorschlug, die Unterhandlungen in Sachen der zwei erwähnten Artikel am 23. Februar in Genf und in den anderen Angelegenheiten am 20. Februar in Warschau zu beginnen. Gleichzeitig teilte der polnische Gesandte dem Minister mit, daß zu den Unterhandlungen in Genf der Leiter des politischen Departements des Außenministeriums Dr. Stanisław Kozmiński und zu den anderen Verhandlungen Dr. Władysław Prądzyński bevollmächtigt wird.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die Genfer Verhandlungen,

Departementsdirektor Kozmiński, hat, wie aus Warschau gemeldet wird, seine Reise nach Genf angetreten.

1 Dollar	=	9 400 000 Mkp.
1 Valorisationsfrank	=	1 800 000 Mkp.
1 Danziger Gulden	=	1 569 000 Mkp.
1 Goldmark	=	2 239 500 Mkp.

Republik Polen.

Der neue Außenminister in Warschau.

Graf Zamoyski ist in Warschau eingetroffen. Bei der Begrüßung auf dem Bahnhofe waren unter anderen zugegen: Minister Bertoni, der Chef des diplomatischen Protokolls, Graf Przezdziecki, der Direktor des Konsulats-Departements Waclaw Balinski, als Vertreter des Direktors des politischen Departements der Bizedirektor des Verwaltungsdepartements, Stanislaw Zielinski, und der französische Gesandte Panafieu.

Hilton Young verabschiedet sich.

Der Ministerpräsident empfing am Freitag den Finanzberater Young, der ihm für Sonnabend die Niederlegung einer Denkschrift über die Finanzlage Polens in Aussicht stellte. Heute, am Sonnabend, soll ein Abschiedsessen stattfinden, an dem die Regierung, Vertreter der Industrie und Mitglieder der englischen Gesandtschaft mit dem Gesandten Miller an der Spitze teilnehmen werden. Young verläßt Polen in den nächsten Tagen.

Die Errichtung einer Polnisch-Danziger Handelskammer

wird wahrscheinlich das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Polen und Danzig sein, die in der abgelaufenen Woche in Warschau stattfanden (vgl. Pos. Tageblatt Nr. 33). Die Danziger Delegierten, die jetzt Warschau verlassen haben, Herr Professor Noe und der ehemalige Senator Jewelowsky, sind mit dem Verlauf der Verhandlungen und mit ihrem Ergebnis sehr zufrieden.

Die Piastenpartei will sich in Posen und Pommerellen ausbreiten.

In den Kreisen der Piastenpartei wird eifrig die Frage besprochen, in welcher Weise dieselben Einlaß in das Posen-Pommerellische Gebiet bekommen könnten, um bei den nächsten Wahlen mit eigenen Kandidaturen auch hier erfolgreich auftreten zu können. Es sollen die Reisen, die der frühere Ministerpräsident Witos in dieses Gebiet gemacht hat, nicht ohne Eindruck geblieben sein, und man hofft, durch Entsendung von Agitatoren und durch weiteren Ausbau der in Graudenz und anderwärts geschaffenen Zeitungen noch weiteren Einfluß auf den kleinbürgerlichen Besitz zu gewinnen. Jedenfalls rechnet man mit Bestimmtheit darauf, auf diese Weise an Stelle der aus der Fraktion abgesplitterten Teile neue Kräfte sich gewinnen zu können.

Die Nationaldemokraten wünschen Fortsetzung der Ausweisungen.

Vom Nationalen Volksverband ist ein Dringlichkeitsantrag eingebracht worden, in dem von der Regierung verlangt wird, die vom deutschen Vertreter angeregten Verhandlungen mit Deutschland, mit denen die Deutschen den Zweck verfolgen sollen, „sich den Folgen der gegenüber polnischen Bürgern begangenen Gewalttaten zu entziehen", unverzüglich abzubrechen und gegenüber Deutschen, die nicht das polnische Bürgerrecht besitzen sofortige Retorsionen anzuwenden, und sie schnellstens mit Entschiedenheit und unwiderruflich durchzuführen.

Keine Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter.

Aus Kattowitz wird gemeldet, daß das Schiedsgericht in der von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Herabsetzung der Löhne der Bergarbeiter ein Urteil gefällt hat, nach dem die Löhne nicht herabgesetzt werden sollen. Da die Arbeitgeber das Urteil nicht zur Kenntnis nahmen, haben sich die Berufsverbände an den Demobilisationskommissar gewandt, der das Urteil des Schiedsgerichts bestätigte.

Drei Gesetzentwürfe über die Organisation der höchsten Militärbehörden.

Der „Czas" meldet: Dem Staatspräsidenten liegen zur Zeit drei Gesetzentwürfe zur Prüfung vor, die die Organisation der höchsten Militärbehörden betreffen, — ein Entwurf des Generals Sikorski, ein Entwurf des Marschalls Pilsudski und ein Entwurf des Generals Szeptycki. Der zuletzt genannte Entwurf wurde schon abgelehnt. Einer der beiden andern Entwürfe wird wahrscheinlich demnächst dem Sejm zugehen.

Die Geheimorganisationen.

Der nationale Volksverband, die christliche Demokratie und der Klub der Christlich-Nationalen haben einen Antrag über die Geheimorganisationen eingebracht, in dem der Sejm um die Wahl einer Sonderkommission aus sieben Mitgliedern zur genauen Prüfung der alle aufgedeckten Geheimorganisationen betreffenden Materialien angegangen wird. Der Antrag weist auf Wieczorkiewicz und Baginski, den „Strzelec" und die „Straźnica" hin und sagt von der „Bereitschaft polnischer Patrioten", daß in ihr verdächtige Einflüsse entdeckt worden seien. Alles das beunruhige in ernster Weise die öffentliche Meinung, die die Beseitigung der Konspiration aus dem Leben des Heeres und der Gesellschaft verlange.

Eine bemerkenswerte Verhaftung.

Der „Kurjer Poranny" meldet, daß General Gustaw Macewicz, Inspektor der Fliegertruppen, im Zusammenhang mit der Affäre der „Bereitschaft polnischer Patrioten" verhaftet wurde.

Um die deutsche Schule.

Interpellation

der Abgg. Graebe, Klinke und anderer Abgeordneter von der Deutschen Vereinigung im Sejm wegen gewaltsamer Entfernung deutscher katholischer Kinder aus der deutschen katholischen Schule in Bromberg an den Unterrichtsminister.

Am 31. Januar und 1. Februar wurde die deutsche katholische Schule in Bromberg durch den Visitator Kutucki aus Posen einer Revision unterzogen. Das Ergebnis derselben war, daß 105 Kinder, deren Eltern deutsche Katholiken sind, in die polnische Schule überwiesen wurden. Bei dem Vorgehen des Revisionsbeamten zeigte sich folgende Tendenz: a) Kinder, die einen polnisch klingenden Namen haben, werden als zum Polentum gehörig erklärt, b) Kinder, die sich eine gewisse Fertigkeit in der polnischen Sprache in der deutschen Schule angeeignet haben, werden für die polnische Schule herausgesucht, c) Kinder von Beamten, von staatlichen und städtischen Arbeitern werden mit der Begründung in polnische Schulen gesteckt, daß Arbeiter und Beamte in staatlichen und städtischen Betrieben die Pflicht hätten, ihre Kinder polnisch unterrichten und erziehen zu lassen.

Protest der Eltern und weinende und wehklagende Kinder änderten nichts an dieser harten und allem Minderheitenschutz hohnsprechenden Maßnahme. Die Eltern haben vielfach nicht bloß an die Schulbehörde, sondern auch an uns Abgeordnete Erklärungen abgegeben, daß sie sich zur deutschen Nationalität gehörig betrachten und ihre Kinder in einer deutschen Schule unterrichtet wissen wollen. (Siehe Anlage mit einzelnen Angaben von betroffenen Familien. Eine weitere Liste folgt.)

Wir müssen gegen diese unerhörten Maßnahmen des Posener Kuratoriums den schärfsten Protest einlegen. Es ist tief erschütternd, daß gerade die Deutschen katholischer Konfession von den Schulbehörden mit besonderer Gehässigkeit verfolgt werden.

Wir fragen daher den Herrn Unterrichtsminister: 1. Ist er mit dieser Maßnahme der Posener Unterschulbehörde einverstanden, und wenn nicht, ist er bereit, sofort dafür zu sorgen, daß die ausgeschulten Kinder der deutschen katholischen Schule in Bromberg wieder zurücküberwiesen werden? 2. Wird er eine Anordnung treffen, daß überhaupt grundsätzlich Kinder, die einmal in eine deutsche Schule aufgenommen werden, ihre gesamte Schulzeit in einer solchen zuzubringen haben und ohne den Willen der Eltern nicht ausgeschult werden dürfen? 3. Wird er veranlassen, daß bei der Aufnahme von Anfängern die Willenserklärung des Vaters, wie sie in der Verfügung des Herrn Unterrichtsministers vom 7. Juni 1923 (1275/23 S.) vorgesehen ist, unter allen Umständen geachtet werde?

Warschau, den 8. Februar 1924.

Die Interpellanten.

Interpellation

des Abg. Daczko und anderer Mitglieder der Deutschen Fraktion an den Herrn Unterrichtsminister betr. die Erhaltung der deutschen Schule in Biechówko, Kreis Schwetz.

Die Schule in Biechówko, Kreis Schwetz hat 47 Kinder deutscher Nationalität und ist deshalb auch mit einem deutsch-evangelischen Lehrer besetzt. Daneben besteht in Biechówko noch eine polnische Schule mit 18 Schulkindern polnischer Nationalität und einem polnischen Lehrer. Nach Biechówko sind mehrere Familien evangelischen Glaubens und deutscher Nationalität aus Kongreßpolen eingewandert, deren Kinder die deutsche Schule besuchen. Der zuständige Kreisschulinspektor in Schwetz und der Gemeindevorsteher in Biechówko wollen die Zahl der Kinder in der deutschen Schule vermindern, um dann, sobald die Zahl der Kinder unter 40 sinkt, die deutsche Schule eingehen zu lassen und mit einem polnischen Lehrer zu besetzen. Der Kreisschulinspektor hat nun angeordnet, daß die aus Kongreßpolen zugewanderten deutschen Kinder, die die polnische Sprache beherrschen, die polnische Schule zu besuchen hätten, und droht den Eltern im Weigerungsfalle Schulstrafen an. Die Eltern lehnen die Erfüllung dieser Anordnung ab, da sie deutscher Nationalität sind und ihnen das Recht zusteht, über die Erziehung ihrer Kinder allein zu bestimmen. Diese Anordnung verstößt gegen den Minderheitenschutzvertrag und die Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923 Nr. 1275/23 betr. Wahrung der Elternrechte.

Wir fragen den Herrn Minister: 1. Ist er bereit zu veranlassen, daß die Anordnung des Kreisschulinspektors in Schwetz zurückgezogen wird und die deutsche Schule in Biechówko bestehen bleibt? 2. Was gedenkt der Herr Minister zu tun, damit die nachgeordneten Schulbehörden die in dem Erlaß des Herrn Ministers vom 23. Juni 1923 Nr. 1275/23 S. festgelegten Bestimmungen über die Wahrung der Elternrechte auch beachten?

Warschau, den 8. Februar 1924.

Die Interpellanten.

Interpellation

des Abg. Daczko und anderer Mitglieder der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Unterrichtsminister, betr. die zwangsweise Einschulung von Schulkindern deutscher Nationalität in Konitz in polnische Schulen.

In der Stadt Konitz sind auf Anordnung des Schulkuratoriums in Thorn 70 Schulkinder der deutschen Volksschulen und 30 Schulkinder der deutschen Mittelschulklassen den entsprechenden polnischen Schulklassen überwiesen worden, weil sie katholisch sind und die polnische Sprache schon etwas beherrschen. Der Protest der betroffenen Eltern und die Tränen der Kinder verhallten ungehört. Es ist dasselbe Verfahren, das das Schulkuratorium in Thorn auch in anderen Kreisen anwendet, wenn die Kinder deutscher Nationalität sich bemühen, die polnische Sprache schnell zu erlernen. Namentlich werden in diesem Falle die deutschen Katholiken hart getroffen. Die Stadt Konitz war vor der Übernahme der Verwaltung durch die Republik Polen zu 95 Prozent deutsch, ein Teil des Kreises Konitz, die sogenannte Koschneiderei, zu 100 Prozent. Die Koschneider, die sieben Kirchspiele im Kreise Konitz bewohnen, etwa 8000 an der Zahl, sind deutsche Katholiken. Ihre Vorfahren sind um die Mitte des 14. Jahrhunderts aus Westfalen eingewandert und bewahrten dreihundert Jahre hindurch, von 1466 bis 1772, als sie zum polnischen Staate gehörten, ihre deutsche Sprache, deutsch-völkische Sitte und Art. Die in der Stadt Konitz wohnenden deutschen Katholiken entstammen meistens der Koschneiderei. Die zwangsweise Einschulung der Kinder deutscher Nationalität in polnische Schulen ist ein offener Bruch des Minderheitenschutzvertrages und des Art. 109 der polnischen Verfassung. Es sollen durch diese Maßnahmen die Kinder deutscher Nationalität und namentlich die römisch-katholischen Bekenntnisses möglichst schnell polonisiert werden. Es kommt jetzt das zur Durchführung, was der Kreisschulinspektor Barański in Tuchel bei der Organisation des polnischen Schulwesens und bei der Einschulung der Kinder in polnisch-katholische, deutsch-katholische und deutsch-evangelische Schulklassen sagte: „Die Aufhebung der deutsch-katholischen Schulklassen ist nur eine Frage der Zeit." Schon im Jahre 1920 und 1921 wurden deutsch-katholische Kinder, weil sie schon „dzień dobry" zu sprechen verstanden, polnischen Schulklassen überwiesen. Das Recht der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen, ist in diesem Falle trotz der Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923, Nr. 1275/23 S. durch die nachgeordneten Schulbehörden gröblich verletzt worden. Von dieser Maßnahme der Schulbehörden werden namentlich viele deutschstämmige Beamtenfamilien hart getroffen. Lehrer und Kreisschulinspektoren stehen auf dem Standpunkte, Beamte deutscher Nationalität wären verpflichtet, ihre Kinder polnischen Schulen zuzuführen und dürften auch in der Familie nur polnisch sprechen. Die Proklamation des Obersten Polnischen Volksrates vom 30. Juni 1919, nach welcher die Beamten deutscher Nationalität in ihrer Stellung verbleiben und auch ihre deutsch-völkische Eigenart bewahren dürfen, wird durch diese Maßnahme aufs gröblichste verletzt.

Wir fragen den Herrn Minister: 1. Ist ihm diese Verletzung der Elternrechte bei der Erziehung der Kinder bekannt? 2. Ist er bereit, zu veranlassen, daß gemäß dem Willen der Eltern die Kinder in Konitz wieder ihren früheren deutschen Schulklassen überwiesen werden? 3. Will er veranlassen, daß die Verordnung des Herrn Ministers vom 7. Juni 1923, Nr. 1275/23 S. von allen nachgeordneten Schulbehörden in Pommerellen und Posen allgemeine Nachachtung findet?

Warschau, den 8. Februar 1924.

Die Interpellanten.

Aus der polnischen Presse.

Die Moskauer Beratungen mit den tschechischen Industriellen.

„Nowa Reforma" ist beunruhigt über das Eintreffen der tschechischen Industriekommission in Moskau, die an den Beratungen mit den deutschen und russischen Vertretern teilnehmen wird, wobei speziell die Transitfrage aus Rußland unter Umgehung Polens behandelt werden soll. Das Blatt betrachtet diese Beratungen als eine wirtschaftliche Einkreisung Polens. Polen befindet sich immer zwischen zwei Mühlsteinen und ist dauernd militärischen und politischen Gefahren ausgesetzt. „Die Moskauer Beratungen sollen uns die Rolle rauben, zu der wir bestimmt sind, und darin beruht die dringende Gefahr. Wir müssen begreifen lernen, daß die Umgehung des Transitweges über Polen uns der materiellen Vorteile beraubt und es uns unmöglich macht, unsere Waren in Rußland abzusetzen und uns ferner die Kontrolle über die Einfuhr nach Rußland raubt. Vor allen Dingen die Kontrolle über die Einfuhr von Munition und Waffen. Wir haben allen Grund, über die Moskauer Beratungen beunruhigt zu sein. Leider ist der öffentlichen Meinung nichts Näheres über den Verlauf der November-Verhandlungen mit Kopp in Warschau bekannt, und wir befürchten, daß Fehler von unserer Seite gemacht worden sind. Die Moskauer Konferenz steht in engem Zusammenhange mit der Frage der baltischen Staaten, und hier hat unsere Diplomatie schwere Sünden auf dem Gewissen. Die baltische Konferenz ist zum vierten Male vertagt worden, und unsere Diplomatie hat nichts getan, um die baltischen Staaten an uns zu leiten. Leider haben sich unsere Außenminister angeblich deswegen den baltischen Staaten gegenüber so reserviert verhalten, weil sie an ihre Beständigkeit nicht glaubten. Der Handelsweg über Deutschland nach Rußland ist für die Tschechoslowakei weit länger als der über Polen, und es besteht daher der Verdacht, ob sich hinter diesen Wirtschaftsverhandlungen nicht ein politisches Komplott verbirgt, und ob nicht zwischen Russen, Deutschen und Tschechen die Rede von dem tschechischen Korridor nach Rußland über Galizien ist."

Der Kampf des Westmarkenvereins gegen das Deutschtum.

Anläßlich der oberschlesischen „Westmarkenwoche" beschäftigt sich der „Dziennik Berliński" in seinen Nummern vom 19. und vom 20. Januar mit den vom Westmarkenverein veranstalteten Geldsammlungen, als deren Zweck er, der „Dziennik Berliński", den Kampf mit der deutschen Unersättlichkeit bezeichnet. In dem Aufsatz ist weiter zu lesen:

„Wir müssen hier fortwährend auf der Wacht der so teuer wiedererlangten westlichen Grenzmarken unseres wiedererstandenen Vaterlandes stehen, damit sie uns die deutsche Hinterlist oder Gewalt nicht einst entreißt. Dieser Aufgabe hat sich der „Verband zum Schutze der Westmarken" unterzogen, dessen Anhänger von der deutschen Presse gehässig „Okazisten" genannt werden.

Die Volksgesamtheit selbst und sogar die Behörden erschweren sich leider oft sehr den Kampf mit dem deutschen Element. Die Deutschen halten uns jeden Fehler wirtschaftlicher oder politischer Natur vor, indem sie sich unserer Fehler in ihrer polenfeindlichen und staatsfeindlichen Propaganda als der wirksamsten Argumente bedienen. Die schlesischen Blätter beklagen sich z. B. über die Unfähigkeit der Kattowitzer Eisenbahndirektion, die im Fahrplan einige der wichtigsten Morgen- und Abendzüge gestrichen hat, die gewöhnlich von zur Arbeit fahrenden oder von der Arbeit zurückkehrenden Arbeitern und Bureauangestellten überfüllt waren, während andere am Tage kursierende Züge zum Teil durch Leere glänzen. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich also entweder zu Fuß zur Arbeitsstätte begeben oder die viel teurere Straßenbahn bezahlen und die Deutschen unterstützen, da die schlesische Aktiengesellschaft der Straßenbahnen den Deutschen gehört.

Oder noch ein anderes Beispiel: Ein Teil des Kreises Schwientochlowitz erhält das Wasser aus Beuthen und ein Teil aus Kattowitz. Die Kattowitzer Wasserleitung gehört dem Kreise bzw. dem Kreisausschuß. Während das Beuthener Wasser je Kubikmeter 14 300 poln. Mark kostet, fordert der Kattowitzer Kreisausschuß für das Kubikmeter Schwientochlowitz gelieferten Wassers 100 000 poln. Mark. Sonderbar ist es, daß der Kreisausschuß unter solchen Verhältnissen kein besonderes Gesetz zwecks Einführung eines Wasserzolls fordert. Manche Leute dachten über die Gründe nach, die den Kreisausschuß bewogen haben können, einen so hohen Preis für das Kattowitzer Wasser festzusetzen, aber sie fanden keinen Unterschied in der Güte beider Arten Wasser. Dem Kattowitzer Wasser sind keine besondere Zutaten beigemengt, aber das Beuthener Wasser muß doch im Vergleich zu ihm elende Trödelware sein, wie überhaupt die deutsche Ware. Oder aber das Kattowitzer Wasser ist, was ebenfalls nicht von der Hand zu weisen ist, infolge seiner ungeheuren Verwendung durch die in letzter Zeit in Kattowitz entstandenen zahlreichen Schnaps- und Likörfabriken so teuer.

Man kann zwar aus diesen Tatsachen keine Staatsraison konstruieren; wer aber die Stimmung der hiesigen, besonders der deutschen Bevölkerung und die satyrische Stimmung der Oberschlesier überhaupt kennt, der wird fühlen, wie sehr auch nur so geringfügige Fehler unserer Behörden der polnischen Sache schaden können."

Aus den Baltenstaaten.

Die Memelfrage im Völkerbund.

Der Memelausschuß, der vom Völkerbund am 15. Dezember 1923 zum Zwecke der Regelung der Transitfrage und der Hafenorganisation in Memel zur Ausarbeitung eines Abkommenentwurfs eingesetzt worden war, trat am 5. Februar im Völkerbundsekretariat in Genf zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Der Präsident Norman Davis, früher Mitglied der amerikanischen Friedensdelegation, hielt eine längere Ansprache, in der er einen Überblick über die Entwicklung der Memelfrage gab und auf die internationale Bedeutung des Hafens von Memel und des Njemens hinwies. Er behauptete dabei u. a., daß der Njemen in der Vergangenheit vernachlässigt worden sei. Der Krieg habe aber den Sturz des Kaisers und des Zaren zur Folge gehabt, die aus strategischen Gründen der Bevölkerung dieses Gebiets Bewegungslosigkeit und Armut hätten auferlegen wollen. Die gegenwärtige demokratische Zeit stelle aber über alle politischen Beweggründe einer herrschenden Klasse das Wohlergehen der arbeitenden und erzeugenden Klasse. Davis sieht keine Schwierigkeiten für die Regelung der Memelfrage, vorausgesetzt, daß bei den interalliierten Völkern ein tätiger Friedenswille herrsche. Auf Anfrage des Präsidenten erhebt sich der litauische Vertreter, Sidsikauskas, der daran erinnert, daß die Abtrennung Memels vom Deutschen Reich ausdrücklich zugunsten des litauischen Staates erfolgt sei. Er protestierte ferner gegen die polnischen Ansprüche und machte ausführliche Vorbehalte gegen eine etwaige Hinzuziehung von Wirtschaftsvertretern anderer Staaten bei den Untersuchungsarbeiten der Kommission in Memel.

Der neue lettische Außenminister.

Der neue lettische Außenminister Ludwig Sehja ist 1885 in Kurland als Sohn eines Landwirts geboren. In Paris und Grenoble studierte er Philosophie und Nationalökonomie. In die Heimat zurückgekehrt, fand er eine Anstellung als Lehrer der französischen Sprache am Gymnasium von Lersin und in Dubbeln und war später Direktor der Realschule in Modohn und Lektor an der Universität. Auch als Journalist hat sich S. betätigt und Aufsätze über außenpolitische, pädagogische und psychologische Fragen geschrieben. Aus seiner Feder stammen auch eine Reihe von Lehrbüchern. Als Außenpolitiker betätigte sich der neue Minister schon seit den ersten Zeiten der Selbständigkeit Lettlands. Bis zum Jahre 1921 war er Direktor des politisch-ökonomischen Departements, worauf er zum lettländischen Vertreter in den Vereinigten Staaten ernannt wurde. Nach zweijähriger Tätigkeit, deren Haupterfolg in der Anerkennung Lettlands de jure durch die Vereinigten Staaten bestand, wurde er zum Gesandten in Kowno ernannt.

Der „Memelländische Kulturbund".

Der ganz eigenartige innerpolitische und national-kulturelle Zustand des vor einem Jahre dem litauischen Staate angeschlossenen Memellandes hat eine ganze Anzahl intellektuell führender Persönlichkeiten des Gebiets veranlaßt, sich zu einem „Memelländischen Kulturbund" zusammenzuschließen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die ererbte memelländische Kultur zu erhalten und zu fördern. Durch den angestrebten Zusammenschluß von mindestens 18jährigen Memelländern beiderlei Geschlechts, ohne Rücksicht auf Nation, Stand und Beruf, soll dieser Zweck erreicht werden. Die Hauptpunkte, auf die der Bund sein Augenmerk zu richten beabsichtigt, sind: 1. Erreichung der dem Gebiete zugesagten, jedoch noch immer vorenthaltenen Zweisprachigkeit. 2. Wiederaufrichtung der geistigen Denkmäler. 3. Abschaffung der Mißstände auf Bahn, Post und Zollämtern. 4. Reorganisierung des vielfach litauisch beeinflußten Schulwesens. 5. Erreichung der Pressefreiheit im Gebiete.

Immer schwächere Mehrheit für Poincaré.

Die französische Kammer hat Mittwoch nachmittag den ersten Absatz des Artikels des Ermächtigungsgesetzes über die geplanten Sparmaßregeln einstimmig angenommen. Dieser Absatz setzt die Mindesthöhe der Abstriche auf eine Milliarde Frank fest, sagt aber noch nichts über die Art der Durchführung.

Kommunistische Abänderungsanträge

auf Beschneidung des Heeres- und des Marineetats wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Es liegen weitere Abänderungsanträge vor, so u. a. ein Antrag des Abgeordneten Candace, der die Wirkung des Ermächtigungsgesetzes beschränken will. Poincaré stellte die Vertrauensfrage, worauf **der Antrag Candace mit 327 gegen 240 Stimmen abgelehnt wurde.**

Auch Herriot abgelehnt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stellt der Abgeordnete Herriot den Antrag, Artikel 1 des Regierungsentwurfs von der Tagesordnung abzusetzen. Poincaré stellt die Vertrauensfrage und die Kammer schreitet erneut zur Abstimmung. Die Kammer lehnte in namentlicher Abstimmung **mit 253 gegen 16 Stimmen den Antrag Herriot ab.**

Poincaré zitiert Wilson.

Die Sitzung wurde auf kurze Zeit unterbrochen und dann sprach Poincaré einige Worte zum Gedächtnis des ehemaligen Präsidenten Wilson, dem er nachrühmte, daß er sich zum Dolmetscher der Empfindungen des französischen Volkes gemacht habe, als er erklärte, daß das Recht kostbarer sei als der Frieden. In Frankreich werde man nie vergessen, daß er den Rhein als die Grenze der Freiheit bezeichnet habe.

Tätliche Bedrohung Poincarés.

Die Donnerstagsitzung um 3 Uhr sollte sich erneut mit dem Artikel 1 zu befassen haben. Die Abstimmungen waren von außerordentlichen Lärmszenen begleitet, bei denen der frühere Kriegsminister Lefèvre mit geballten Fäusten auf Poincaré zustürzte. Die Kammer hat selten eine derartig stürmische Sitzung erlebt.

Kunstgriffe bei der Abstimmung.

Wie aus den Pariser Morgenblättern zu ersehen ist, wurde die französische Regierung bei der Abstimmung am Mittwoch durch das unvorschriftsmäßige Handeln des stellvertretenden Kammerpräsidenten Landry gerettet, der die öffentliche Abstimmung um eine Viertelstunde in die Länge zog, um den herbeieilenden Abgeordneten der Mehrheit Gelegenheit zur Teilnahme an der Abstimmung zu geben.

Sieg nur mit Hilfe der Royalisten.

Poincaré würde das Vertrauensvotum nicht erlangt haben, hätten die 26 royalistischen Abgeordneten unter der Führung von Leon Daudet nicht für ihn gestimmt. Dieser erklärte, er werde für die Ermächtigungsgesetze stimmen, weil sie einen Anfang der reaktionären Maßregeln darstellten, für die er stets eingetreten sei. Die Ermächtigungsgesetze, bemerkte Daudet, erinnerten ihn lebhaft an die römische Diktatur.

Rechenkünste Poincarés.

Als das Ergebnis der Abstimmung 253 gegen 16 Stimmen bekannt wurde, wurde von der Linken erklärt, daß das Quorum nicht erreicht sei. Man schrie deshalb lärmend: Demission, Demission! Ministerpräsident Poincaré erwiderte, die Regierung werde Stellung nehmen, wenn die Gegner des Gesetzes den Mut gefunden hätten, ihre Meinung auf der Tribüne öffentlich durch Stimmabgabe zu bekunden. Der Kammervorsitzende erklärte, daß die absolute Mehrheit 316 sein müsse. Er stelle fest, daß das Quorum wohl erreicht sei, denn zu den 269 Abgeordneten, die abgestimmt hätten, müßten die 50 Deputierten gezählt werden, die den Antrag Herriot unterschrieben hätten. Es hatten also 319 Abgeordnete an der Abstimmung teilgenommen.

Bisher die schwächste Mehrheit.

Die Blätter der Opposition weisen darauf hin, daß Poincaré gestern die schwächste Mehrheit (253) seit der Übernahme seines Amtes zu verzeichnen hatte. Die Blätter der Regierung warnen die Abgeordneten und betonen, daß von den Linksparteien Manöver wie das gestrige auch heute und in den nächsten Sitzungen wiederholt werden würden.

Falsche Gerüchte über Demission Poincarés.

Paris, 8. Februar. Während der heutigen Kammersitzung kam es wieder zu außerordentlich heftigen Tumultszenen. Der Abg. Klotz reichte einen Antrag ein, vom Sparsamkeitsprogramm den Teil 3 des Heeresbudgets, der die Marinerüstungen sowie die Ansammlung von Vorräten für Heer und Marine betrifft, auszunehmen. Bei der Debatte über diesen Antrag äußerte sich der Abg. Cappon sehr heftig darüber, wie unvorbereitet Frankreich in den Weltkrieg gegangen sei. Während der Erörterung herrschte eine unbeschreibliche Unruhe. Poincaré bat die Abgeordneten, derartige überflüssige Streitigkeiten zu unterlassen; als aber der Lärm nicht aufhörte, verließ er den Saal zum Zeichen des Protestes. Ihm folgte der Finanzminister Delasteyrie. Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen. Von Mund zu Mund lief das Gerücht, daß Poincaré seine Demission einreichen werde. Dieses Gerücht erwies sich jedoch als falsch. Nach einiger Zeit kehrte Poincaré in den Sitzungssaal zurück und wurde von den noch anwesenden Abgeordneten stürmisch begrüßt.

Die Teuerung in Frankreich.

Die französischen Eisenbahngesellschaften haben beschlossen, die Preise für den Personenverkehr und den Güterverkehr in der Zeit bis zum Mai 1925 zu erhöhen. Die Fahrpreise werden für die erste Klasse um 50 Prozent, für die zweite um 48 Prozent und für die dritte um 47 Prozent heraufgesetzt. Der Gütertarif ist um 12½ Prozent erhöht. Der Fehlbetrag der französischen Bahnen für 1924 beträgt voraussichtlich 1650 Millionen Frank.

Die französischen Zeitungsverleger und Chefredakteure berieten gestern abend über die Preiserhöhung der Zeitungen, die durch die Teuerung notwendig geworden ist. Die Papierkosten sind siebenmal so hoch wie vor dem Kriege. Die Gehälter der Angestellten mußten in den letzten Monaten durch Zuschüsse erhöht werden. Der ganze Betrieb ist kostspieliger geworden. Dennoch wollen die Zeitungsbesitzer die Erhöhung des Preises für den Einzelverkauf erst dann beschließen, wenn alle anderen Mittel wirkungslos geblieben sind. Sie haben eine Kommission eingesetzt, welche die Lage untersuchen soll, erklären aber in einer Resolution, daß die Lage nicht fortdauern könne, ohne die Existenz und die Unabhängigkeit der Presse ernstlich zu bedrohen.

Einschränkung des Handels mit Deutschland.

Die Handelskammer hat eine Resolution gefaßt, deren Hauptpunkt besagt: Die Handelskammermitglieder sollen darauf aufmerksam gemacht werden, daß Handelsgeschäfte mit Deutschen nur beschlossen werden können gegen Barzahlung in Frank, und daß nur Rohstoffe und Waren nach Deutschland geliefert werden dürfen, die für die französische Wirtschaft nicht unentbehrlich seien.

Die „Enthüllungen" Lloyd Georges.

Nachdem der Inhalt des Lloyd George-Interviews mit dem Vertreter der „Neuyork World" zwei Tage lang England, Frankreich und die Welt in Atem gehalten hat, streitet Lloyd George jetzt plötzlich alles ab und behauptet, daß alles nur ein konfuses Mißverständnis des amerikanischen Pressevertreters sei, mit dem er die Unterredung hatte.

Lloyd George bestreitet, daß er dem Londoner Korrespondenten der „Neuyork World" gegenüber irgendwelche Behauptungen über ein zwischen Wilson und Clemenceau seinerzeit abgeschlossenes Geheimabkommen aufgestellt habe. Lloyd George stellt ausdrücklich fest, daß er das Interview, von dem jetzt in allen Ländern die Rede sei, nicht gewährt habe. (Das ganze Interview kann doch unmöglich frei erfunden sein! D. Schriftl.) Er müsse weiter darauf verweisen, daß alle Ansichten, die man ihm im Hinblick auf gewisse Vorfälle, die sich im Verlaufe der Friedenskonferenz ereigneten, zuschreibe, nicht den Tatsachen entsprechen. Lloyd George veröffentlicht weiter in der „Daily Chronicle" nachstehende Erklärungen mit Bezug auf die Verhältnisse im April 1919: „Bei meiner Rückkehr nach Paris hatte ich erfahren, daß zwischen Wilson und Clemenceau während meiner Abwesenheit ein Abkommen zu den wichtigsten Punkten abgeschlossen worden war. Der erste dieser Punkte bezog sich auf die militärische Besetzung des Rheinlandes, und der zweite auf Garantien, die Amerika Frankreich im Falle eines Angriffes der Deutschen auf die französischen Grenzen geben sollte. Es ist geradezu lächerlich, dieses Abkommen als ein Geheimabkommen zwischen dem Expräsidenten Wilson und Clemenceau hinzustellen. Ich brauche nicht zu betonen, daß Wilson sich bei dieser Gelegenheit in durchaus loyaler Weise benommen hat. Man kann weder dem früheren Präsidenten der amerikanischen Republik, noch Clemenceau einen Vorwurf daraus machen, daß ernste Umstände mich zwangen, plötzlich nach London abzureisen. Die Tatsache, daß Wilson und Clemenceau während meiner Abwesenheit eine Vereinbarung trafen, wurde mir übrigens sofort nach meinem Eintreffen in Paris mitgeteilt."

Lloyd George bedauert im übrigen, daß das Foreign Office ein Communiqué über die ihm zugeschriebenen Mitteilungen veröffentlicht habe. Wenn er bisher auf den Brief des Foreign Office nicht geantwortet habe, so komme es daher, daß der Brief keine Unterschrift trug. „Dieser Brief war", so fügte Lloyd George weiter hinzu, „von gewissen Dokumenten begleitet, die die französische Regierung zu veröffentlichen beabsichtigte. Eines davon war ein Artikel betreffend die Ausführungsgarantie des Vertrages, der von den Präsidenten Wilson und Clemenceau am 20. April gutgeheißen wurde. Das andere trug die Aufschrift „Vertrag mit Frankreich und den Vereinigten Staaten, wie er vom Präsidenten Wilson und Clemenceau am 20. April angenommen wurde". „Ich nehme an", meinte Lloyd George, „daß diese Dokumente demnächst veröffentlicht werden. Aus ihnen wird dann alles weitere hervorgehen."

Das Abendblatt „Star" erklärt, zu der Feststellung ermächtigt zu sein, Lloyd George betrachte das Gerede von einem Geheimabkommen als lächerlich. Es sei auf einen konfusen Eindruck zurückzuführen, der aus einer privaten Unterredung gewonnen wurde.

Entschuldigung Mac Donalds in Paris.

Am Quai d'Orsay wird bestätigt, daß wegen des Interviews Lloyd Georges ein Brief des englischen Ministerpräsidenten eingegangen ist, in dem dieser die Enthüllungen Lloyd Georges von sich weist und betont, daß die jetzige englische Regierung an diesem Zwischenfall unschuldig und nicht dafür verantwortlich sei.

Man erwartete, daß Ramsay Mac Donald am Freitag abend eine Erklärung über die Beziehungen Englands zu Frankreich abgeben und sie als ungetrübt bezeichnen werde. (!) Die französische Regierung bereitet eine ausführliche Richtigstellung der Behauptungen Lloyd Georges an der Hand von Dokumenten vor.

(Daß die „Enthüllungen" Lloyd Georges gerade in diesem Moment, wo Mac Donald auf Frankreichs Einwilligung zu einer neuen allgemeinen Konferenz rechnet, sehr wenig am Platze waren und nur störend wirken konnten, ist ganz offenbar. Nach einer etwaigen Ablehnung des Konferenzvorschlages wäre ein derartiger Vorstoß natürlich weit besser angebracht. D. Schriftltg.)

Wichtige Dokumente in den Händen Lloyd Georges

Nach einer Londoner Meldung der „Polnischen Telegraphen-Agentur" vom 8. Februar kam am Donnerstag zutage, daß Lloyd George ein Exemplar von sehr wichtigen französischen Dokumenten besitzt, die dem englischen Auswärtigen Amt übersandt worden waren. Mac Donald kennt den Inhalt dieser Dokumente nicht. Man wandte sich jetzt zum zweiten Mal an Lloyd George mit der Bitte um Rückgabe dieser Dokumente. An dem Tage, als diese Dokumente Lloyd George übersandt wurden, besaß das Foreign Office keinen Leiter, da gerade der Regierungswechsel zwischen Baldwin und Mac Donald stattfand.

Das Agrarprogramm der Labourregierung.

Der Landwirtschaftsausschuß der englischen Arbeiterpartei hat für den zu Ostern einzuberufenden Parteitag ein umfassendes Agrarprogramm aufgestellt. Dieses Programm umfaßt einen Gesetzentwurf zur Sozialisierung des Bodens, zur Verstaatlichung der Einfuhr von Weizen, Mehl und Fleisch, sowie des Großhandels mit Milch. Der Kleinhandel mit Milch soll von den Gemeinden oder von Genossenschaften betrieben werden. Eine staatliche Agrarbank soll den Kreditbedürfnissen der Landwirtschaft dienen, und ein staatliches Netz von Überlandzentralen soll die Landwirtschaft mit billiger elektrischer Kraft versorgen. Aus staatlichen Mitteln sollen zur Förderung der Seßhaftigkeit im ganzen Lande 275 000 kleine Wohnungen für die Landbevölkerung errichtet werden. Es hat den Anschein, als ob dieses Agrarprogramm, das als sozialistischer Ersatz für die Schutzzollpolitik gedacht ist, zum Mittelpunkt der nächsten Wahl gemacht wird, da mit einer Annahme dieses Vorschlages im gegenwärtigen Unterhause unter keinen Umständen zu rechnen ist.

Die Regierungserklärung,

die Ramsay Macdonald am 12. Februar im Unterhause und Lord Parmoor im Oberhause abgeben wird, soll in dieser Woche endgültig festgelegt werden. Sie wird kaum irgendwelche Überraschungen bringen. Man nimmt an, daß Macdonald für die Veranstaltung einer großen internationalen Konferenz zur Regelung der Reparationen, der Schulden und der Sicherheitsfrage eintreten wird, um diejenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die sich als undurchführbar erwiesen haben, so umzugestalten, daß sich eine Regelung aller europäischen Verpflichtungen ohne Konflikt erzielen läßt. In diesem Zusammenhange dürfte die englische Regierung auch auf die Notwendigkeit hinweisen, den Völkerbund als ein starkes und von allen benutztes Friedensinstrument zu betrachten.

Die deutsche Goldnotenbank.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris" meldet, er sei trotz des Geheimnisses, mit denen die Beratungen des Sachverständigenausschusses umgeben seien, in der Lage, mitteilen zu können, daß ein Projekt Parmentier für die neue deutsche Goldnotenbank von den Sachverständigen angenommen worden sei. Auch die deutsche Regierung werde dem Projekt wahrscheinlich zustimmen.

Deutsches Reich.

Landwirtschaft und Volksernährung.

Im Rahmen der Königsberger Landwirtschaftlichen Woche sprach der

Reichsernährungsminister Graf Kanitz

über das Thema „Landwirtschaft und Volksernährung". Man konnte diesem Vortrag mit größter Spannung entgegensehen, war es doch das erste Mal, daß der Reichsernährungsminister seit seinem Ausscheiden aus der Deutschnationalen Partei und seinem Eintritt in die Reichsregierung Auge in Auge einem großen Teil seiner Wählerschaft gegenüberstand. Man konnte von dem Minister wohl eine Rechtfertigung für seinen Schritt erwarten. Diese Rechtfertigung blieb ebenso wenig aus wie die Wirkung, so daß sich aus der eisigen Kälte, mit der man ihn empfing, allmählich ein deutlich wachsendes Interesse herausbildete, bis schließlich die Ankündigung, daß unsere gegenwärtige finanzielle Lage die berechtigte Hoffnung auf die Möglichkeit der Gewährung ausreichender

Kredite an die Landwirtschaft

eröffnet, und daß ferner, vielleicht schon für Februar, eine Frachtermäßigung für Ostpreußen zu erwarten sei, einen allgemeinen Beifall auslöste.

Im einzelnen rechtfertigte Graf Kanitz seinen Eintritt ins Reichskabinett damit, daß er damit beabsichtigte, der

erschreckenden Not großer Volksschichten in den Städten

zu helfen. Diese Not malte er mit erschütternden Worten und kam sodann auf die Lage der Landwirtschaft im allgemeinen zu sprechen. Dabei führte er aus: Die Grundlage für die Ernährung wird und muß stets die eigene Scholle bleiben. Diese ist heute in großer Gefahr, weil die Agrarkrise ein sehr gefährliches Ausmaß erreicht hat. Die deutsche Agrarkrise ist wiederum nur ein Teil der

Weltagrarkrise,

die dadurch herbeigeführt wurde, daß einmal fast sämtliche Länder während des Krieges ihre Getreideanbauflächen vergrößert und ihren Viehstand vermehrt haben, daß andererseits eine relativ gute Welternte zu verzeichnen ist und daß schließlich die Kaufkraft mancher Völker enorm abgenommen hat. Die Sorge um die heimische Produktion wird durch folgende Zahlen illustriert:

Im Jahre 1913 produzierte Deutschland, auf das jetzige Reichsgebiet zurückgeführt, etwa 14 Millionen To. Brotgetreide, 1921 9,9 Mill. To., 1922 7,4 Mill. und 1923 etwa 10 Mill. To. Der heutige Viehstand ergibt gegen den Frieden folgende Zahlen: Rindvieh — 10 Proz., Schweine — 24 Proz., Schafe + 22 Proz., Ziegen + 47 Proz.

Die deutsche Landwirtschaft leidet naturgemäß besonders schwer unter der Weltagrarkrise, weil Deutschland durch die Fessel des Versailler Vertrages nicht imstande ist, seine Landwirtschaft in irgend einer Weise zu schützen. Erst vom Jahre 1925 ab sind wir von den Zuständen der einseitigen Meistbegünstigung entbunden. Wir müssen dann versuchen, wieder zu Handelsverträgen mit dem Ausland zu kommen, durch welche wiederum für heimische Industrieprodukte den landwirtschaftlichen Erzeugnissen der notwendige Schutz geschaffen wird. Es ist unbestritten, daß wir momentan

viel zu niedrige Erzeugungspreise

für Getreide und Vieh haben. Die Gründe dafür sind bekannt. Der Reichsernährungsminister hofft bestimmt, daß es in nächster Zeit möglich sein wird, die enorm verteuerten Frachtkosten herabzusetzen; die Preisspanne zwischen Erzeuger- und Ladenpreis sei auch bei den Viehpreisen viel zu groß, was zum größten Teil darauf zurückzuführen sei, daß es zuviel Händler und zuviel Fleischer gäbe.

Zum Schluß seiner Rede gab der Minister noch einen tröstlichen Ausblick in die Zukunft: Wie vor hundert Jahren, wo nach seiner Ansicht die Verhältnisse noch schlimmer waren als heute, müsse und werde das deutsche Volk, das die jetzige furchtbare Not mit einem gewaltigen Heroismus trage, wieder emporkommen. Dazu werde die Wiedererstarkung der deutschen Wirtschaft durch die neue Goldwährung, welche die Rentenmark ablösen soll, entscheidend beitragen. Allerdings müssen Opfer gebracht werden, um zu diesem Ziele zu gelangen. Aber diese Opfer müßten, so schloß der Minister unter lautem Beifall des ganzen Saales, getragen werden im festen Glauben an eine deutsche Zukunft.

** **Verhaftung von kommunistischen Stadtverordneten.** Dem „Wurzener Tageblatt" zufolge ist die aus fünf Mitgliedern bestehende kommunistische Stadtverordnetenfraktion in Wurzen (Sachsen) auf Grund einer in der letzten Sitzung abgegebenen Erklärung, in der zu bewaffnetem Widerstand aufgefordert wurde, durch die Landespolizei verhaftet worden.

** **Zum Fall Hermann.** Die „Berliner Volksztg." meldet aus Weimar, daß in den nächsten Tagen das Verfahren gegen den thüringischen Minister Hermann wegen Urkundenfälschung eingestellt werden würde, da Hermann vollständig rehabilitiert sei, und bemerkt dazu, daß die Reichsregierung diese „Blamage" dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung, Oberst Künzer, zu verdanken hätte. — Dazu wird halboffiziös bemerkt, daß an zuständigen Stellen in Berlin nicht bekannt ist, wie augenblicklich das Verfahren in Weimar steht; aber Oberst Künzer würde nicht verantwortlich zu machen sein. Der Staatsanwalt hat seinerzeit völlig selbständig, ohne jede Anregung von anderer Seite, die Untersuchung gegen Hermann eingeleitet.

** **Zum Hitler-Prozeß.** W. T. B. meldet: Am 27. Januar erklärte ein höherer Beamter in einer Privatgesellschaft dem Sinne nach, während des Hochverratsprozesses Fuchs sei der Angeklagte Machaus als unliebsamer Zeuge beseitigt worden; ebenso werde im Hitler-Prozeß Oberlandesgerichtsrat Poehner beseitigt oder mindestens vernehmungsunfähig gemacht werden. Er sei bereits magen- und darmleidend. Diese Behauptung wurde mit schriftlicher Bestätigung zweier Zeugen von einem jugendlichen Mitglied des früheren Bundes Oberland Ludendorff mitgeteilt. Der Beamte versuchte — so gibt er vor —, Ludendorff zu überzeugen, daß seine Äußerungen rein privater Natur seien und nicht so gemeint waren, wie ihr Wortlaut annehmen läßt, und erklärte ihm, daß eine Verwertung im Prozeß ein untaugliches Mittel sei. Ludendorff wies — nach der Mitteilung des Beamten — diesen Versuch schroff mit dem Bemerken ab, „daß er bei der infamen Behandlung, die ihm zuteil werde, jedes Mittel benutzen müsse, das sich ihm biete". Der Beamte wurde vorläufig des Dienstes enthoben. — Die Korrespondenz Hoffmann bemerkt dazu: Die Todesursache Machaus (Selbstmord im Gefängnis) ist der Öffentlichkeit hinlänglich bekannt. Über den Grund der Erkrankung Poehners wird dieser selbst sowie der ihn behandelnde Arzt am besten Auskunft geben können.

** **Ludendorff und Ehrhardt.** In einer Münchener Versammlung hat kürzlich eine Aussöhnung zwischen General Ludendorff und Kapitän Ehrhardt stattgefunden. General und Kapitän waren seit dem Hitlerputsch in einen scharfen Gegensatz geraten. In jener Versammlung traten sie aufeinander zu, drückten sich die Hand und unterhielten sich längere Zeit. Aus dieser Tatsache wurde allgemein die Folgerung gezogen, daß eine Aussöhnung zwischen der Ludendorff- und der Ehrhardt-Richtung erfolgt sei. Wie nun eine Korrespondenz hierzu meldet, ist diese Auffassung unzutreffend. Allerdings ist die Aussöhnung nicht erfolgt, ohne daß in der Ehrhardt-Bewegung eine nicht unwichtige Veränderung eingetreten ist. Vorher soll nämlich der langjährige offizielle Führer der O. C. und Vertraute Ehrhardts, des geistigen Hauptes der Organisation Consul, Kapitänleutnant Kautter, aus der Ehrhardt-Bewegung „ausgeschifft" worden sein, weil man in ihm das stärkste Hindernis zu einer Wiederannäherung der durch die Novemberereignisse auseinandergerissenen rechtsradikalen Richtungen erblickte.

Die Verlobung ihrer Kinder Marta Oldenburg und Landwirt Gustav Wille beehren sich ergebenst anzuzeigen.

Tarnowo, den 10. Februar 1924.

Robert Oldenburg und Frau, geb. Hoffmann.

Christoph Wille und Frau, geb. Scholz.

Vermögender, gebild. Herr, Mitte 30er, stattliche, elegante Erscheinung sucht die Bekanntschaft einer jungen, berufstätigen Dame zwecks freundschaftlichen Verkehrs, spätere

Heirat

nicht ausgeschlossen. Bevorzugt vollschlanke Figur, blond, deutsch. Diskretion erbeten und zugesichert. Gefl. Zuschriften möglichst mit Bild, das gegebenenfalls zurückgesandt wird, Offerten unter U. 5250 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Bilanz am 31. Dezember 1922.

Aktiva.

Konto-Kassa	Mk. 506 194.—
Geschäftsguthaben bei der Posener Genossenschaftskasse	„ 3 000.—
Bankguthaben	„ 373 932.—
Inventar	„ 12 000.—
Summe der Aktiva	Mk. 895 126.—

Passiva.

Geschäftsguthaben der Genossen	Mk. 71 897.—
Reservefonds	„ 2 000.—
Betriebsrücklage	„ 2 000.—
Schuld an Genossen	„ 2 000.—
Prämiierungsfonds	„ 300.—
Versicherungs- und Erneuerungsfonds	„ 816 929.—
Summe der Passiva	Mk. 895 126.—

Zahl der Genossen am Anfange des Geschäftsjahres: 156 mit 196 Anteilen.

Zugang: — Abgang: 53 mit 80 Anteilen.

Zahl der Genossen am Schlusse des Geschäftsjahres: 103 mit 116 Anteilen.

Die Geschäftsguthaben der Genossen erhöhten sich im Geschäftsjahre um 69 937.— Mk. Die Haftsummen verminderten sich um 4[illegible] 000.— Mk.

Die Gesamthaftsumme aller Genossen betrug am Jahresschluß [illegible]8 000.— Mk.

Kostrzyn, den 26. Januar 1924. (53 1

Pferdezucht-Genossenschaft
Spółdzielnia z odpowiedzialnością ograniczoną w Kostrzynie.
Hildebrand. Sroka.

Brennholzversteigerung.

Am Freitag, dem 15. d. Mts., vormittags 10 Uhr werden in Zweigers Hotel in Grodzisk:

ca. 500 Rm. kief. Scheitholz und Kloben

aus Jag. 28 der früheren Herrschaft Grätz öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert. (5318

Die Forstverwaltung.

500 Rm. Erlennutzrollen

2 Meter lang, gute gesunde Ware, loko Wald zu verkaufen.

Offerten erbittet

Ignatz Piotrzkowski, Chojnice, Dworcowa 21.

An einem Privatzirkel (Vormittags) zur Vorbereitung auf die unteren Gymnasialklassen können noch (5160

einige Schüler

teilnehmen. Oberle bei **Greff, Aleje Marcinkowskiego 25**

Apartes Maskenkostüm (Colombine) zu verborgen. Langer **Chwaliszewo 68 II**

Centrifuge,

wie neu, groß, billig zu verkaufen. (5316

Osicki, ul. Pocztowa 27. Mechanische Werkstatt.

Wohnungen

Junges Ehepaar sucht per 1. März **zwei möblierte**

Zimmer,

elekt. Licht Bedingung. Küchenbenutzung erwünscht. Möglichst Zentrum der Stadt. Gefl. Off. unter **M. 33** an die Expedition d. Posener Neuest. Nachrichten.

Tausche

einfache 4 Zimmerwohnung in Leipzig (Zentr., Grth.) gegen ebensolche oder kl. in Posen oder Vorort, ebenso 30[illegible] qm Obst- und Gemüsegarten in Vorort Leipzigs (Stall, Bahnv., 3 und 4 j. B., Mindestwert 10000 G.-M.) gegen Geschäft in Posen od. Land od. Grundstück in Posen. Ende, Leipzig, Alexanderstr. 36.

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend, den 9. 2., um 7½ Uhr: **„Cavalleria Rusticana"**, Oper in 1 Akt von Mascagni und **„Bajazzo"**, Oper in 2 Akten von Leoncavallo.

Sonntag, den 10. 2., nachm.: **„Die Glocken von Corneville"**, Kom. Oper von Planquette, abends **„Fra Diavolo"**, Oper von Auber.

Montag, den 11. 2. 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.

Dienstag, den 12. 2., 7½ Uhr: **„Faust"**, Oper von Gounod. (Sondervorstellung zu Gunsten der Schauspieler. Abonnement ungültig.

Mittwoch, den 13. 2., 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla"**, Oper von Rossini.

Donnerstag, den 14. 2., 7½ Uhr **„Die Hugenotten"**. Große Oper von Meyerbeer

Freitag, den 15. 2. **Theater** der Generalprobe wegen **geschlossen.**

Sonnabend, den 16. 2. 7½ Uhr: **„Kuhreigen"**, Oper von Kienzl. (Abonnement ungültig).

Sonntag, den 17. 2. nachm.: **„Hoffmanns Erzählungen"**, Oper von Offenbach. Ermäßigte Preise.

Sonntag, den 17. 2. 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron"**, Komische Oper von Strauß.

2 Grundstücke mit Laden,

Garten, Pachtland und Speditionsbetrieb sofort beziehbare Wohnung in der Hauptstraße einer Provinzstadt gelegen, **sofort zu verkaufen** oder nach **Deutschland zu vertauschen.** Offerten bitte u. **M 5312** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Posener Pfandbriefe

kauft größeren Posten.

Offerten mit Preisangabe u. **5322** an die Geschft. d. Blattes.



Lexikon (Brockhaus) neuere Ausgabe,

gut erhalten **gesucht.** Ausführliche Offerten mit **Preis** u. **5304** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Turbine,

20 Pferdekräfte, mit Transmissionen zu **kaufen gesucht.** Angebote u. Nr. **5290** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gebr. gut erhaltenes **Klavier**

zu kaufen gesucht. Gefl. Angeb. mit Preisangabe unter 5320 a. d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Kaufe

gut erhaltene

2 Metallbettstellen, 1 Nähmaschine.

Gefl. Angeb. unt. **T. 5303** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Sofort billig zu verkaufen:

Schnellpresse

Format ca. 64×96 cm, Fabrikat „Sigl" mit Falzapparat für Zeitungsdruck, beides sehr gut im Zustande. Ferner eine **Schnellpresse „Marinoni"** als Alteisen. Außerdem eine **Wendeltreppe (eiserne)** 4,5 m hoch. Off. u. **K. 5166** an die Geschäftsst. d. Blattes.

Habe 100 gute gebrauchte **Getreidesäcke** à 1½ Cent. abzugeben. Offert. mit Preisangabe unter 5269 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Tausch Berlin-Posen.

Tausche 2 Zimmerwohnung und Fabrikraum 60 qm. mit Kraftanlage gegen solche, oder größere in Posen.

Zuschriften an **Swinarski, Górna Wilda Nr. 3.**

Größere Lagerräume,

geeignet für jedes Unternehmen, bestehend aus großem Saal, Nebenräumen, Platz und Schuppen, elektr. Licht und Telephon, gelegen an einer Hauptstraße, vermiete sofort. Offerten unter **5023** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Von Gemeindewahlen und von Gemeindeland.

Aus Mscischewo, Kreis Oborniki, wird berichtet: Im März 1923 fanden hier die vorgeschriebenen Gemeindewahlen statt. Deutsche und polnische Wähler einigten sich auf eine Kandidatenliste. Zu wählen waren 6 Gemeinderäte und 3 Stellvertreter. Vorhanden waren 27 polnische und 78 deutsche Wähler. Es wurden 5 deutsche und 1 polnisches Mitglied des Gemeinderats gewählt, 1 deutscher und 2 polnische Stellvertreter. Der Gemeinderat hatte die Aufgabe, den Gemeindevorsteher und die Schöffen zu wählen. Der bisherige Gemeindevorsteher hat früher 12 Jahre in Galizien mit polnischer Sprache amtiert und dann hier 6 Jahre deutsch und jetzt wieder 4 Jahre polnisch. Er genoß allgemeines Vertrauen und wurde mit allen Stimmen wiedergewählt. Außerdem wurden ein deutscher und ein polnischer Schöffe gewählt. Diese Wahl wurde vom Starosten nicht bestätigt. Es mußte eine zweite Wahl vorgenommen werden, die dasselbe Ergebnis hatte, wie die erste. Wieder wurde die Wahl vom Starosten nicht bestätigt, und es wurden kommissarisch der Schulze und die Schöffen eingesetzt. Sowohl der kommissarisch eingesetzte Schulze als auch die kommissarisch eingesetzten Schöffen können kaum lesen, geschweige denn schreiben. Außerdem wird dem neuernannten Schulzen Schulholzunterschlagung vorgeworfen. Auf eine Anzeige beim Distriktsamt wurde der Anzeigende aufgefordert, die Anzeige zurückzuziehen und Schweigen über die Angelegenheit zu bewahren.

*

Auch in der Gemeinde Bobussewo ist die Mehrzahl der Wähler deutscher Nationalität. Hier wurde die Schulzen- und Schöffenwahl dreimal vorgenommen. Die beiden ersten Wahlen endeten damit, daß nur Deutsche gewählt wurden. Das dritte Mal wählten die deutschen Wähler um des lieben Friedens willen einen polnischen Schulzen und zwei deutsche Schöffen. Der Schulze wurde bestätigt, die Schöffen aber nicht, und es wurden kommissarisch Schöffen polnischer Nationalität eingesetzt. Ähnlich ging es mehreren anderen Gemeinden.

*

Die Gemeinde Mscischewo besitzt zugewiesenes Gemeindeland, das vom früheren Kommissar Dekiert im Jahre 1920 auf eigene Faust und ohne Ausbietung verpachtet wurde, und zwar auch an Personen aus anderen Gemeinden. Zu deutscher Zeit brachte die Pacht 1100 Mk., jetzt — sage und schreibe — **900 polnische Mark.** Geschädigt wird dadurch die Gemeinde und der Staat, weil ein solcher Pachtzins keine Stempelsteuer bringt. Außerdem leiden die Ortsarmen Not. Die Gemeinde übernahm sie seinerzeit von der deutschen Ansiedlung und unterstützte sie, — jetzt erklärt die Gemeinde, daß sie zu dieser Unterstützung nicht mehr in der Lage ist, solange sie die ihr zustehenden Rechte am Gemeindeland nicht erhält. Das Land sollte nach dem Vertrage in den ersten drei Jahren eingedüngt werden. Das geschah nicht. Das Land wird nur ausgesogen. Eingaben und Beschwerden haben bis jetzt nichts gefruchtet.

Benesch über die internationale Politik.

Im Ausschuß des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses gab heute Außenminister Benesch eine Darlegung der auswärtigen Politik der Tschechoslowakei. Er begann mit einem Nachruf auf den Präsidenten Wilson, den die Abgeordneten stehend anhörten, bis auf die deutschen Abgeordneten, die das Verhandlungszimmer verließen. Dr. Benesch erklärte dann, daß jetzt

eine neue Periode der internationalen Politik

beginnen werde mit dem Einsetzen einer sozialistischen Regierung in England, der Anerkennung Sowjetrußlands durch England und Italien und der Anteilnahme Amerikas an Europa. Dr. Benesch bedauerte, daß

der tschechisch-polnische Vertrag

nicht in Gültigkeit trete, weil auf beiden Seiten nicht genügend Verständnis dafür vorhanden sei. Die Nachricht von dem Eintritt Polens in die Kleine Entente entspreche nicht der gegebenen Situation. Sein Ziel sei immer gewesen, sich mit Polen zu einigen, bevor Rußland in die europäische Politik eintrete. Deshalb wolle er möglichst bald zur Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Polen schreiten.

Das Verhältnis zu Deutschland

sei bereits konsolidiert. Nach seinem Urteil sei der Augenblick einer Einigung zwischen Frankreich und Deutschland vielleicht näher, als man allgemein annehme.

Den italienisch-südslawischen Vertrag

begrüßte Benesch freudig, weil er die Situation erleichtere. Von einem tschechoslowakischen Mißerfolg auf der Belgrader Konferenz könne nur ein böswilliger Mensch sprechen. Er habe so weit wie möglich die Tür für eine Berührung zwischen Rußland und Europa geöffnet. Rußland befinde sich in einer Situation, die irgendwelche wirtschaftlichen Ergebnisse auf lange Zeit hinaus nicht erwarten lasse. Auch England werde einstweilen wenig gewinnen.

Das Bündnis mit Frankreich

bedeute bloß die Herstellung einer rechtlichen Form für den bisherigen tatsächlichen Zustand. Die tschechische Politik gegenüber den besiegten Staaten bedeute eine Annäherung an die allgemeine Politik Englands und habe der Tschechoslowakei viele Sympathien verscherzt. Freilich habe England stets Verpflichtungen auf dem Kontinent abgelehnt. Deshalb müßten die bisherigen tschechoslowakischen Beziehungen zu England genügen. Die tschechoslowakische Regierung stand in sehr gutem Verhältnis zur Regierung Baldwins und stehe ebenso im besten Verhältnis zur Regierung Mac Donalds. In der Frage

der tschechischen Zahlungsverpflichtungen

habe er zusammen mit Südslawien und Rumänien die Forderung erhoben, daß diese Verpflichtungen im Rahmen des europäischen Gesamtproblems der Reparationen geregelt werden, und habe in Paris, London und Rom Entgegenkommen gefunden.

Wilson ist beigesetzt.

Aus Washington wird am 8. Februar gedrahtet: Die Fahne der deutschen Gesandtschaft wurde am Mittwoch 12 Uhr 30 Min. auf Halbmast gesetzt. Der deutsche Gesandtschaftssekretär Baron Leopold Plessen gab folgende Erklärung ab: „Da wir eine offizielle Mitteilung erhielten, wonach die nationale Trauer erst um 12 Uhr 30 Minuten beginnt, haben wir beschlossen, die Fahne erst in diesem Augenblick auf Halbmast zu setzen.“ Im Laufe der vorgestrigen Nacht wurde im Zusammenhang mit der Flaggenangelegenheit an der deutschen Botschaft eine amerikanische Fahne befestigt. Auf Reklamation des Botschafters wurde sie am anderen Morgen wieder von der Polizei entfernt.

Gestern wurde Wilson in der Peter-Paul-Kathedrale in Washington beigesetzt. Präsident Coolidge, die Mitglieder des Kabinetts und das diplomatische Korps nahmen an der Feier teil. Die Regierungsbureaus sowie Handel und Industrie im ganzen Lande hatten die Arbeit für kurze Zeit als Zeichen der Trauer eingestellt.

Viel Lärm um nichts.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morning Post“ meldet, es sei unwahrscheinlich, daß das Staatsdepartement den Zwischenfall wegen des verspäteten Aufziehens der Trauerflagge auf der deutschen Botschaft offiziell zur Kenntnis nehmen werde. Die ganze Hetze der französischen und mancher englischen Blätter fällt also in nichts zusammen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Februar.

Mancherlei Merkwürdigkeiten.

Seit etwa 14 Tagen stehen wir in der Stadt Posen einer höchst merkwürdigen, diesmal aber ausnahmsweise erfreulichen Erscheinung gegenüber: der Preisrückgang für gewisse Lebensmittel, wie Fleisch, Speck, Wurst, der vor etwa zwei Wochen einsetzte, dauert heut noch an. Anfangs standen unsere Hausfrauen, durch frühere Erfahrungen gewitzigt, dieser Tatsache sehr skeptisch gegenüber, sie befürchteten immer wieder eine Rückkehr zu den alten hohen Preisen. Aber diesmal kam es ausnahmsweise wirklich einmal anders: das Pfd. Schweine- und Karbonadenfleisch kostet immer noch „nur“ 1 700 000 Mk., das Pfd. Speck hält am Preise von 2 Millionen Mk. unentwegt fest, das Pfd. roher Schinken ist sogar bereits für 3 200 000 Mk. und das Pfd. Wurst mit 2 400 000 bis 2 800 000 Mk. zu haben. Diesen Preisrückgang für Schweine und die daraus gefertigten Produkte verdanken wir — abgesehen von den Valorisierungsbemühungen der Staatsregierung — in der Hauptsache dem forschen Eingreifen des Starostwo Grodzkie in die ungesunde Atmosphäre des Posener Viehhandels. Den Hauptnachdruck erhielt die Maßnahme des Starostwo dadurch, daß die Posener Viehmärkte nun nicht etwa verwaist blieben — infolge eines etwa geplanten Boykotts des tadellos organisierten Viehhandels, der trauernd seine Felle davonschwimmen sah —, sondern daß rumänische Schweine in großen Mengen eingeführt wurden. Man denke, in einen so stark Vieh produzierenden Gebietsteil, wie es unser ehemals preußisches Teilgebiet ist! Das schlug durch, und die an sich merkwürdige Tatsache der Preisgestaltung für Schweinefleisch wird dadurch weniger merkwürdig. Ebenso begreiflich ist es, daß die übrigen Vieharten in den Preisabbaustrudel mit hineingezogen wurden, und daß wir somit jetzt auch billigeres Rind-, Kalb- und Hammelfleisch haben.

Merkwürdig, sehr merkwürdig war hingegen das Verhalten der Bäcker gegenüber dem immer gewaltsamer andringenden Preisabbau. Sie konnten und wollten sich in unserer guten Stadt Posen immer noch nicht dazu entschließen, obschon ihre Kollegen in den kleineren Städten unseres Landesteils, z. B. in Birnbaum, Krotoschin, Zduny, Lissa usw. ihnen längst mit gutem Beispiele vorangingen, weil der Preisrückgang für Roggen und Weizen schon seit längerer Zeit anhielt, mithin einen Preisabbau für Brot und Semmel kategorisch forderte. Aber merkwürdig, mit einem Male hatten unsere Bäcker fast ohne Ausnahme noch Mehl zu den alten hohen Preisen vorrätig, das naturgemäß erst aufgebacken sein mußte, ehe man sich zu dem billigeren Brotpreise entschließen konnte. Und wieder höchst merkwürdig: dieser Zeitpunkt traf ausgerechnet erst am Freitag abend nach dem Ladenschluß ein, so daß das Publikum, da der Sonnabend bekanntlich ein Festtag und der folgende Tag ein Sonntag war, erst von Montag dieser Woche ab die Wohltat billigerer Brot- und Semmelpreise genießt. Bekanntlich bildeten bisher neben den hohen Getreidepreisen die hohen Kohlenpreise einen Hauptgrund für die hohe Preisgestaltung des Brotes und der übrigen Backwaren, und zwar nicht ohne Grund. Aber dieser ist inzwischen gleichfalls hinfällig geworden, denn der Preis für den Ztr. oberschlesischer Kohlen, der zum Beginn der vorigen Woche noch 7 800 000 Mk. betrug, ist inzwischen auf „nur“ 4 500 000 Mk. zurückgegangen, eine Freudennachricht, die weit über den Kreis der Industriellen und Gewerbetreibenden hinaus von allen denen willkommen geheißen werden wird, die in den kalten Januartagen nicht in der Lage waren, die schwarzen Diamanten zur Beheizung eines wenn auch noch so winzigen Wohnraumes zu erstehen.

Bekanntlich hieß es in der Zeit des rasenden Dollars, den die meisten Posener ebenso konsequent, wie unrichtig auf der letzten Silbe betonen, sobald man sich über das ruckweise Emporschnellen der Preise beschwerte: „Ja, das ist doch vollkommen begreiflich, denn der Dollar steigt.“ So hieß es stets. Selbst wenn der Dollar auch nur Miene zu machen schien, höher gehen zu wollen, schon wirkte sich dieses Steigen in Summen von Hunderttausenden aus, die wir sogar für eine Schachtel Streichhölzer oder auch für Stiefelwichse (Verzeihung, heut sagt man ja wohl „Schuhcrême“) wohl oder übel bezahlen mußten. So stiegen mit dem höchsten Dollarstande von über 11 Millionen die Preise in Phantasieregionen. Aber merkwürdig, höchst merkwürdig! Die letzten Wochen haben uns ein Fallen des Dollars auf rd. 9 Millionen gebracht. Wer nun der höchst unmaßgeblichen Ansicht ist, daß diese doch gewiß nicht unerhebliche Senkung des Dollarstandes ohne weiteres auf die Preise aller Geschäfte pp. einen wohltuenden Einfluß ausüben müßte, der irrt sich gründlich. Mit einem Male hat die Majestät des allgewaltigen Herrschers Dollar ihre Macht eingebüßt, und man hört heut nicht mehr derartige Redensarten: „Ja, aber der Dollar!“ Hier gilt also wieder die Praxis: „Ja, Bauer, das ist etwas anderes.“ Merkwürdig, sehr merkwürdig! hb.

Konzerte.

Von zwei Konzerten polnischer Instrumentalisten ist zu berichten: Herr Kochański spielte im Vereinshaussaal Bach, Schubert, Tor Aulin (Violinkonzert C-moll op. 14) und kleinere Stücke französischer Tonsetzer. Er erwies als sich Geiger mittlerer Qualitäten mit angenehmem Ton und verständigem, wenn auch nicht in die Tiefe gehenden (und zuweilen etwas parfümiert anmutenden) Vortrag. Eine sehr beachtenswerte Pianistin ist Frau Padlewska, die am 6. Februar ein eigenes Konzert im Vereinshaussaal gab. Sie spielte Liszt und Werke russischer Komponisten mit großer Technik, abstufungsreichem Anschlag und klarem, durchgeistigtem Vortrag. th.

\# **Pässe für Staatenlose.** Staatenlose, meist solche Persönlichkeiten, welche durch einseitige Option das polnische Staatsbürgerrecht verloren, aber ein neues Staatsbürgerrecht nicht gewonnen haben, glauben vielfach, daß sie auf Grund der ihnen von Behörden ausgestellten Staatenlosen-Pässe aus dem polnischen Gebiet heraus- und hereinreisen können. Sie übersehen dabei meist, daß in dem Paß der Vermerk angebracht ist: „Paszport niniejszy nie upoważnia do powrotu do Polski“, das heißt auf deutsch: „Dieser Paß berechtigt nicht zur Rückkehr nach Polen“. Es empfiehlt sich daher für alle Staatenlosen, die eine Auslandsreise

Stadt und Land.

Aus meiner Schülerzeit her erinnere ich mich, daß die Schilderung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land eine der beliebtesten Aufsatzaufgaben des mit mehr oder weniger Recht beliebten oder unbeliebten „Paukers“ war. Auch heute wird sicherlich von Tausenden Schülergehirnen alljährlich geschildert, welche Vorzüge doch das Landleben haben muß und warum Stadt und Land sich so harmonisch ergänzen, wie denn alles in der Welt zum Besten bestellt sei.

Der Schüler glaubt es, denn der Lehrer hat es gesagt, und der muß es auch wissen. Für die meisten ist das Problem damit auch abgeschlossen, wenigstens soweit es sich um den Nachwuchs der größeren Städte handelt. Selten denkt der Erwachsene über das gleiche Thema noch einmal genauer nach; entweder hat er es nicht mehr nötig oder seine Sorgen liegen auf einem anderen Gebiete.

Stadt und Land — kein idyllisches Neben- und Füreinanderleben ist es, was zwischen ihnen besteht, wenn wir nicht an die kleinen Marktflecken und Landstädte denken, deren „Bürger“ noch halbwegs Landleute sind. Es sind zwei verschiedene Weltkreise, die nebeneinander leben; nicht nur verschieden durch Beruf, sondern auch durch die ganze Lebensauffassung.

Nur hin und wieder wird eine gewisse Gleichheit der Interessen fühlbar, wo Stadt und Land merken, daß sie zusammengehörige Glieder eines und desselben Volkskreises sind: wenn sie der Krieg, die äußere Not zusammenkettet. Der Rausch verfliegt aber bald, und der unheilvolle Gegensatz zwischen Stadt und Land stellt sich wieder ein. Daß ein solcher Gegensatz besteht, läßt sich nicht wegleugnen, wenn er in seinen Ursachen auch oft nicht verstanden wird.

Und doch ist dieser Gegensatz nicht zufällig; er besteht, so lange auch Städte bestehen und so lange es eine scharfe Berufstrennung gibt. Man braucht nicht gleich bis zur Erschaffung der Welt zurückzudenken und nach Art mancher Professoren ein dreibändiges Werk, betitelt etwa: „Der Gegensatz zwischen Stadt und Land seit der Gründung Roms bis zur Gegenwart“ zu schreiben. Etwas zurückgreifen und philosophieren muß man aber doch, um die Ursachen und Wirkungen zu erkennen.

Also: Die Stadt oder die große Stadt im heutigen Sinne hat nichts mehr von jenen patriarchalischen Allüren an sich, da ihr Wirtschafts- und Interessengebiet an den Grenzen der umliegenden Dörfer Halt machte. Freilich sind auch unsere heutigen großen Städte klein entstanden, aber immer hatten sie den Keim ihrer späteren Entwicklung in sich: sie lagen in natürlichen Verkehrsmittelpunkten; während die Landstädte immer nur Kleingewerbe für die nächste Umgebung betreiben konnten, wuchsen die Großstädte weit über ihre Umgebung, ja über ihr Land hinaus. Dazu kommt noch, daß sie als Konsumenten dem eigenen Lande oder der sie umgebenden Landwirtschaft entfremdet wurden. Je höher sich die Volkswirtschaft entwickelt, desto mehr lockern sich die Beziehungen zwischen den einzelnen inländischen Gewerbezweigen. Dem Bergmann in Schlesien ist es gleichgültig, wer letzten Endes seine Kohlen abnimmt; der Großstädter in Warschau oder Posen fragt auch nicht danach, woher seine Lebensmittel stammen, wenn sie nur billig sind. Genau so wenig kommt es dem Landmann darauf an, ob seine Milchschleudern, seine Automobile oder Pflüge im Ausland oder in einheimischen Städten fabriziert sind. Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit durchbricht alle nationalen Schranken.

Die Städte sind Mittelpunkte des Handels und der Industrie. Je bevölkerter sie sind, desto weniger kommen sie mit dem Inlandsmarkt aus, sowohl was ihren eigenen Absatz als ihren Bedarf anlangt. Sie sind zwar auf den Lebensmittelbezug vom Lande her angewiesen, keineswegs aber vom eigenen Lande her. Es klingt absonderlich, ist aber doch wahr: Die Zunahme der eigenen Bevölkerungszahl schließt keineswegs immer eine Besserung der Absatzverhältnisse des einheimischen Produktenmarktes in sich, denn die Ausdehnung der Handelsbeziehungen schafft neue Bezugsmöglichkeiten in billiger produzierenden Agrarländern, welche wiederum für den eigenen Industrieabsatz unentbehrlich sind.

Daraus entspringt schon eine wichtige Ursache des Gegensatzes zwischen Stadt und Land. Obgleich sich Wohlstand und Kapital in den Städten ausbreiten, kommt der Landmann nicht auf seine Kosten. Aber noch ein anderer Umstand spielt eine große Rolle: Nicht die ganze Stadtbevölkerung nimmt an der Ausbreitung des Wohlstandes teil, sondern nur die Kapitalschichten. Die breite Masse darbt oft und wird von jeder Wirtschaftskrisis in Mitleidenschaft gezogen, weit mehr als die Landbevölkerung, welche größtenteils wenigstens von unmittelbaren Nahrungssorgen verschont bleibt. Hierin liegt wohl einer der Kernpunkte der sozialen Frage der Gegenwart, und besonders die scharfe Front des (politischen) Sozialismus gegen die Landwirtschaft überhaupt. Man wirft der Landwirtschaft Auspowerung des Volkes bei steigenden Preisen vor und verwechselt Ursache mit Wirkung. Die marxistisch eingestellten Sozialtheoretiker vergessen, daß der Ertrag des landwirtschaftlichen Gewerbes meist weit unter der berechtigten Norm zurückbleibt, sie vergessen insbesondere, daß der Landmann den Markt nicht beherrscht, daß auch bei Mißernten selten ein Preisausgleich stattfindet, daß sein Kapital in einem Jahre kaum mehr als einmal umläuft und daß er seine Produkte nicht aufstapeln kann. Der vom Städter verspottete und von Witzblättern als Habsucht verhöhnte Zug des Bauern, jeden Groschen im Strumpf oder in der Lade zu verwahren, hatte seinen guten Grund, es war die Risikorücklage, der Reservefonds des städtischen Kaufmanns.

Der wirtschaftlich immer stärker fühlbare Gegensatz zwischen Stadt und Land bleibt natürlich auch auf die ganze geistige Einstellung beider nicht ohne Einfluß. Der Landwirt ist nun einmal an die Scholle gebunden, wenn auch äußerlich frei, ist er innerlich doch unfrei, schwerfälliger. Er ist kein Konjunktur- oder Augenblickspolitiker, er treibt überhaupt selten eigene Politik, weder wirtschaftlich noch sozial (das besorgen andere). Er widerstrebt zwangsläufig jeder gewaltsamen oder überstürzten Änderung der Verhältnisse, denn er kann im Augenblick nicht übersehen, ob sie für seinen langsam arbeitenden Betrieb wirtschaftliche Vorteile bringen wird, weiß aber, daß der Umsturz ihm leicht unübersehbaren Schaden bringen kann. Deswegen ist das flache Land an politischen Dingen, soweit sie keinen wirtschaftlichen Einschlag haben, verhältnismäßig weniger interessiert. Nur so läßt es sich auch erklären, daß alle politischen Umwälzungen und Eroberungen Erfolg haben, so bald einige einflußreiche Stadtkreise sich mit ihnen abgefunden haben. Das sehen wir in Rußland, das Beispiel hatten wir auch in Deutschland. Bauernaufstände sind ziemlich selten.

Die kulturelle und politische Führung der meisten europäischen Völker liegt bei den Städten, nicht bei der Landbevölkerung. Wie es schon im Altertum der Fall war, nehmen die Regierungen und Parlamente gewöhnlich mehr Rücksicht auf die städtischen Wählermassen, sowohl ihrer Zahl wie ihrer leichteren politischen Erregbarkeit wegen. Unruhen auf dem Lande sind, wenn sie überhaupt vorkommen, örtlich zerstreut und leichter zu beseitigen. Die städtischen Elemente, vor allen Dingen der Arbeiter und der Kapitalist, besitzen nicht nur ein sehr starkes Solidaritätsgefühl untereinander, sondern auch zu den gleichen Gesellschaftsschichten des Auslandes. Sowohl die Arbeitermassen der Städte wie das Kapital sind nicht völkisch orientiert, sondern international. Die Landwirtschaft hat keine derartigen Interessen, weil sie wirtschaftlich dem Auslande gegenüber eher noch in Wettbewerb treten muß. Wichtig ist vor allen Dingen auch, daß die bürgerlichen und sozialistischen Kreise der Städte über ein sehr gut ausgebautes Pressewesen verfügen, welche deren Interessen in ganz anderer Weise vertreten als es die Landwirtschaft vermag. So wird jede geistige oder politische Bewegung der städtischen Bevölkerung leicht in die Welt getragen, während sich eine gleiche Internationalität landwirtschaftlicher Interessen nie einstellt. Ja, es kommt derart sogar zu der merkwürdigen Erscheinung, daß der Städter mehr über ägyptische Königsgräber, indische Witwenverbrennungen und die neueste Pariser Mode etwas erfährt, als er jemals von den Eigentümlichkeiten seiner eigenen Landsleute, den Bauern und Landwirten, oder über die Entstehungsweise der einheimischen Lebensmittel weiß. Es leben da zwei Welten nebeneinander, die sich nur darum nicht verstehen, weil sie sich nicht kennen. Vielleicht nimmt sich die Mode auch einmal dieser Sache an; dann wird man in den der Natur entwachsenen Städten vielleicht wieder über die idyllische Natur des Landlebens schwärmen wie damals am Ausgang des 18. Jahrhunderts, wo die entzückenden Schäferspiele Frankreichs durch das revolutionäre Landvolk jäh beendet wurden.

E. Feige

unternehmen wollen, sich vorher davon zu überzeugen, daß durch das eingeholte Paßvisum die Rückkehr auch sichergestellt ist, da ihnen sonst große Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten erwachsen und eine Rückkehr auf ihr Besitztum so gut wie ausgeschlossen ist.

Teures Jagdvergnügen. Nach einer neueren Verordnung des Finanzministers über die Stempelgebühren für Jagdscheine haben Personen, die Bürger des polnischen Staates sind oder ihre Wohnung im Bezirke des polnischen Staates haben, folgende Gebühren für die Stempelung der Jagdkarten zu entrichten: für Jahreskarten 6 300 000 Mk., für Tageskarten 1 260 000 Mk.; für Karten, die andere Personen erhalten: für Jahreskarten 42 000 000 Mark, für Tageskarten 8 400 000 Mk. Den Gebühren für Jagdkarten unterliegen nicht Beamte staatlicher Wälder, sowie Wächter von Privatwaldungen, die durch die staatlichen Behörden bestätigt worden sind.

In den städtischen Badeanstalten kostet jetzt ein Bad 1. Klasse 1 Million, 2. Klasse 950 000 M.; ein Douchebad 1. Klasse 350 000 M., 2. Klasse 250 000 M.

Posener Bachverein. Die vorgestern gebrachten Notizen müssen leider wieder geändert werden. Die Chorproben können nicht am Montag stattfinden, da an diesem Tage der kleine Vereinshaussaal besetzt ist; die Proben werden am Dienstag, den 12. Februar für die Damen um 7½, für die Herren um 8¼ Uhr beginnen. Und das Konzert von Fräulein Elisabeth Ohlhoff muß auf Montag, den 3. März verlegt werden.

X **Ein aufregender Vorgang** spielte sich gestern abend gegen 6 Uhr auf der Linie 9 der Straßenbahn ab, als diese die abschüssige ul. Jasna (fr. Buddestraße) nach Solatsch hinabfuhr. Aus irgend einem Grunde versagte die Bremse, so daß der Wagen in voller Fahrt an der Eisenbahnüberführung der ul. Poznańska (fr. Posener Straße) aus dem Gleis sprang und gegen die Unterführung stieß, so daß der Wagen schwer beschädigt wurde. Glücklicherweise wurde von den Insassen der Straßenbahn niemand verletzt.

X **Eine „feine" Firma.** Unter dem Namen „Rolnik Wielkopolski" hatten sich vor etlichen Wochen zwei der Polizei sattsam bekannte Personen, die schon wiederholt die Presse mit ihren mannigfachen Taten beschäftigt haben, und zwar der Schlosser Wenderski und ein gewisser Łukanowski, zu einer Getreidefirma in der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Straße) zusammengetan. Sie zeigten recht fleißig in den Blättern an, daß sie Getreide jeder Art gegen sofortige Barzahlung kaufen wollten, und erhielten zahlreiche Angebote. Der Handel wurde jedesmal perfekt, da die Bezahlung sofort bei der Vorlegung des Duplikatfrachtbriefes erfolgen sollte. Leider besaßen die beiden Kompagnons aber keinerlei Geldmittel. Sie erfanden deshalb eine eigene Methode, um sich vor der Zahlung zu drücken. Sobald ihnen der Duplikatfrachtbrief vorgelegt wurde, hieß es jedesmal, der Kassierer sei nicht da, der Verkäufer möchte um 1 Uhr wiederkommen. Dann war entweder das Kontor geschlossen, oder der Lieferant mußte sich mit einer geringen Abschlagszahlung zufrieden geben, wenn, was meist der Fall war, das Getreide inzwischen bereits anderweitig verkauft war. Jedenfalls ist von der geschäftstüchtigen Firma eine ganze Anzahl von Getreidelieferanten um Beträge, die sich auf viele Milliarden beziffern, geprellt worden. Am Donnerstag trafen nun 5—6 solcher Lieferanten bei der Firma zusammen, und da sie für ihre Forderungen in Höhe von 10, 5, 2 und 1 Milliarden keine Bezahlung erhalten konnten, so wandten sie sich kurz entschlossen an die Kriminalpolizei. Diese hat die beiden findigen Geschäftsleute zur Aufklärung des Tatbestandes einstweilen hinter Schloß und Riegel gebracht.

Einstellung eines Verfahrens. Anfang August 1923 brachten hiesige Blätter die Nachricht, daß der Schlosser Antoni Kaźmierczak wegen Sittlichkeitsverbrechens, verübt an der taubstummen Tochter eines Beamten P., verhaftet worden sei. Der Beschuldigte bittet uns jetzt mitzuteilen, daß durch Beschluß der 3. Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts vom 2. 1. 24 das Verfahren gegen ihn mit der Begründung eingestellt ist, daß die ihn einzig belastenden Aussagen des taubstummen Kindes wegen seines unentwickelten Verstandes und fehlender Moral um so weniger maßgebend erachtet werden können, als der anzeigende Vater der angeblich Vergewaltigten ihm feindlich gesinnt und das Mädchen sich in Widersprüche verwickelt hat, die ihre Glaubwürdigkeit aufheben.

Es klingt wie ein Scherz, was die „Prawda" (Nr. 33) erzählt: Der Arbeiter Piotr Kurowiak erlitt einen Unfall, der nach Feststellung des Kreisarztes eine Verdienstverminderung von 15 Prozent zur Folge hatte. Die Landwirtschaftliche Unfallberufsgenossenschaft erkannte dem K. eine Rente von sage und schreibe **sieben Mark monatlich** zu. Mit Schreiben, das den Poststempel 24. Januar 1924 trägt, wurde K. davon in Kenntnis gesetzt. Das Schreiben war wichtig, war infolgedessen „eingeschrieben" und mit 800 000 M. beklebt.

X **Diebstähle.** Gestohlen wurden: ul. Długa 14 (fr. Langestraße) 2 Klosettröhren mit Ventilen; aus dem Korridor des Hauses ul. Wrocławska 28/29 (fr. Breslauer Straße) ein grauer Herrenüberzieher und ein dunkelgrüner Damenmantel im Werte von 1 Milliarde 400 Millionen; aus einem Laden am Plac Wolności 10 (fr. Wilhelmsplatz) ein braunes seidenes Kleid im Werte von 350 Millionen; aus einer Waschküche ul. Ogrodowa 12 (fr. Gartenstraße) 17 S. M. gezeichnete Mundtücher, 7 weiße Handtücher und ein Rolltuch im Werte von 100 Millionen; aus der ul. Dąbrowskiego 34 (fr. Gr. Berliner Straße) ein Damenpelz und zwei Mäntel im Werte von 2 Milliarden; aus einem Korridor Przecznica 5 (fr. Wittelsbacherstraße) ein Herrenbiberpelz mit schwarzem Bezug und langem Biberkragen im Werte von 1½ Milliarden; vom Trockenboden des Hauses ul. Matejki 52 (fr. Neue Gartenstraße) Leib- und Tischwäsche im Werte von 300 Millionen; vom Hofe des Hauses Kolejowa 16 (fr. Bahnstraße) ein Handwagen im Werte von 300 Millionen.

X **Der Hühnerdieb,** der, wie gestern berichtet, im Hause ul. Kolejowa 17 (fr. Bahnstr.) 6 Hühner im Werte von 24 Millionen M. gestohlen hatte, ist in der Person des 20jährigen Arbeiters Stefan Domański festgenommen worden. Die gestohlenen Hühner konnten dem Eigentümer zurückgegeben werden.

X **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Festgenommen wurde hier ein Mann, dem eine vermutlich gestohlene Damenschlüsseluhr mit anscheinend goldener Kette und ebensolcher Quaste und ein aus einem 50 Pfennigstück hergestellter Puppchenring mit dem Monogramm A. B. abgenommen wurde. Geschädigte können sich im Zimmer 46 der Kriminalpolizei melden. — Bei einer polizeilichen Haussuchung wurde ein roter Kraftwagen-Gummischlauch, 820 X 120, mit der Nr. 131 538 beschlagnahmt. Geschädigte können sich im 8. Polizeikommissariat in der ul. Matejki (fr. Neue Gartenstr.) melden.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern: 12 Betrunkene, 14 Dirnen, 3 Diebe, 1 Betrüger, 2 gesuchte Personen und 1 Obdachloser.

□ **Dembno Kolonie bei Stenschewo,** 8. Februar. Am letzten Sonntag fand im hiesigen Wirtshause ein Vergnügen der Jugend von hier und Dembno Dorf statt. Gegen 8 Uhr erschien plötzlich eine bewaffnete Bande, ungefähr 18 an der Zahl, und warf sich mit Messern und Eisenstäben auf die Vergnügungsteilnehmer, von denen einige ernstlich verletzt wurden. Einer der Banditen stürzte sich mit dem Messer auf den jungen Czyż aus Dembno Dorf und brachte ihm einige tiefe Wunden am Arm bei, so daß er blutüberströmt zusammenbrach. Die Teilnehmer des Vergnügens waren wehrlos, während die Banditen mit Messern, Eisenstäben und Revolvern bewaffnet waren. Nach der Bluttat sollen sie mit Gesang abgezogen sein. Der schwerverletzte Czyż wurde zum Arzt nach Stenschewo gebracht, der seine Überführung nach Posen anordnete. Es wird in Stenschewo und Umgegend allgemein über das Unwesen der Banditen und Diebe geklagt, die so dreist sind, daß sie auf dem Bahnhof am hellen lichten Tage in der Gegenwart von Arbeitern aus den Waggons Kohlen stehlen. (Das soll anderwärts auch vorkommen!)

* **Berent,** 8. Februar. Der Landwirt Josef Knyba aus Nowakarczma bei Berent war des Diebstahls angeklagt und kam nach Berent in Untersuchungshaft. Das nahm sich der Mann so zu Herzen, daß er jede Nahrungsaufnahme verweigerte und, wie dem „Sz. Pom." berichtet wird, schließlich an Entkräftung gestorben ist, obwohl er kurz vorher aus der Haft entlassen worden war.

* **Crone a. Br.,** 8. Februar. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in einem Manufakturwarengeschäft verübt und Sachen im Werte von 1½ Milliarden gestohlen. Der Dieb wurde aber bald ermittelt und festgenommen, und es konnte ihm seine ganze Beute wieder abgenommen werden.

* **Graudenz,** 4. Februar. Von spielenden Knaben wurde am Freitag auf dem Schloßberge die Leiche eines neugeborenen, dem Anscheine nach etwa 3 bis 4 Tage alten Kindes aufgefunden.

* **Hohenfelde, Kr. Bromberg,** 8. Februar. Heut beging der Postverwalter Andreas Fonrobert hier mit seiner Ehefrau Berta geb. Krötki das Fest der Diamantenen Hochzeit. F. steht im 93. Lebensjahre und seine Ehefrau ist 77 Jahre alt. Das Jubelpaar ist trotz des hohen Alters noch recht rüstig.

* **Karthaus,** 7. Februar. Von einer Lokomotive überfahren wurden gestern gegen 4 Uhr morgens bei Miechutschin auf der Strecke Karthaus—Kautschin drei Männer — wahrscheinlich Handwerker — die die Strecke in Richtung Sierakowitz benutzten. Die Lokomotive war von der Station Karthaus entsandt, um dem wegen Schneeverwehungen in Sierakowitz liegengebliebenen Personenzug, der Kautschin um 3 Uhr morgens verließ, zu Hilfe zu kommen. Zwei Männer waren sofort tot, der dritte wurde schwer verletzt.

* **Krotoschin,** 8. Februar. Dem Kaufmann Br. Gürtler, Kalischer Str. 2, wurde in der Nacht zum 15. v. Mts. durch Eindringen vom Keller, hofwärts, das gesamte Manufakturwarenlager im Werte von etwa 10 Milliarden Mark gestohlen.

Aus Ostdeutschland.

* **Lauban,** 6. Februar. Die Witwe Gläser fiel, wohl infolge der Glätte, auf dem Bürgersteig vor einem Bäckerladen so unglücklich hin, daß sie laut aufschrie. Ein Arzt stellte Darmverschlingung fest, an der sie verstorben ist.

* **Ober-Glogau,** 8. Februar. Da die Kleinbahn Gogolin—Neustadt den Betrieb einstellen mußte, versuchten drei Arbeiter aus dem oberschlesischen Industriebezirk den Weg zu Fuß zurückzulegen. Infolge der hohen Schneebänke haben sie aber ihr Ziel nicht erreicht, sondern sind erstarrt aufgefunden worden und konnten nicht mehr gerettet werden.

Neues vom Tage.

§ **Ein Racheakt.** In Weißensee bei Berlin brachte ein noch unbekannter Täter in einem Gebäude der Märkischen Marmorwerke einen Sprengkörper zur Explosion. Es wurde nur geringer Schaden angerichtet. Man vermutet einen Racheakt, da in der Fabrik zurzeit gestreikt wird.

§ **Die Dreschmaschine der Felddiebe.** Felddiebe führen jetzt in Niederschlesien eigenartige Dreschmaschinen in Gestalt ihrer Fahrräder mit sich, die sie in folgender Weise verwenden: Auf einer mitgebrachten Plane stellen sie ihr Fahrrad verkehrt auf, so daß die Räder nach oben ragen. In der Regel arbeiten drei Mann zusammen in der Weise, daß der erste mittels der Pedale die Räder in Schwung bringt, während ein anderer die gestohlenen Garben an die im Kreise sich drehenden Speichen bringt. Die rotierenden Speichen entkörnen auf diese Weise die Ähren, und die Körner fallen auf die Plane, wo sie der dritte Mann auffängt und von der Spreu säubert. — Nicht zur Nachahmung empfohlen!

§ **Zentralheizung durch heiße Quellen.** Der Bürgermeister von Reijkjavik, der Hauptstadt von Island, Ingenieur Knud Zimsen, der sich gegenwärtig in Christiania befindet, hat in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter von „Tidens Tegn" erzählt, daß man auf Island den Plan habe, die warmen Quellen, die einige Kilometer von Reijkjavik liegen, zur Beheizung der Stadt zu verwenden. Schon seit vielen Jahren werden diese warmen Quellen als eine Art natürlicher Dampfwäscherei von der städtischen Bevölkerung benutzt. Dicht neben den warmen Quellen fließt ein kristallheller kalter Brunnen, so daß die Waschfrauen die Wäsche, nachdem sie sie im warmen Quellwasser gekocht haben, im Brunnen ausspülen können. Der Plan besteht nun darin, das heiße Wasser in Holzröhren in die Stadt zu leiten und es dort zur Erwärmung der Häuser zu gebrauchen, eventuell auch zur Einrichtung von Dampfwäschereien in der Stadt und für warme Bäder. Das Wasser sei schwefelhaltig und radioaktiv und eignet sich deshalb ausgezeichnet für Badezwecke. Auf diese Weise würden jährlich viele Tausende Tonnen Steinkohle erspart werden können.

§ **Die Eunuchen des Serails** haben sich zu einem Verband zusammengeschlossen, der den Zweck verfolgt, die „Standesinteressen" zu schützen. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hat der neue Verband seine Statuten auch bereits vorschriftsmäßig bei der Polizeidirektion eingereicht.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Leslau. Namenlose Anfragen, denen obendrein nicht einmal der Bezugsschein beiliegt, müssen unbeantwortet bleiben.

F. Z. K. 14. 1. Die Steuerbehörde war verpflichtet, Ihnen die Mitteilung von Ihrer Steuererhöhung so rechtzeitig zugehen zu lassen, daß Sie in der Lage waren, diese auch zu dem vorgeschriebenen Termin zu bezahlen. Wenn Sie die Zustellung erst am 31. 12. nachmittags erhalten haben, waren Sie ja gar nicht imstande, die Steuer noch an demselben Tage an der vorgeschriebenen, außerhalb Ihres Wohnsitzes belegenen Stelle zu bezahlen. 2. Sie waren unter keinen Umständen zur Zahlung von Strafe für eine Versäumnis verpflichtet, die nicht Sie selbst, sondern das Steueramt durch die verspätete Übersendung verschuldet hatte. 3. Sie können sich weigern. 4. Gegen ein derartiges Verbot und gegen die Entziehung der Konzession können Sie mit bester Aussicht auf Erfolg Einspruch erheben. 5. Die gerichtliche Durchfechtung der Angelegenheit muß nach unserem Dafürhalten zu Ihren Gunsten ausfallen. 6. Unseres Erachtens ja.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Die Börsen befestigter.

Amtliche Dollar 9 350 000.

Die flauen Tage der letzten und zu Beginn dieser Woche haben sich etwas gewandelt und das Interesse für Devisen und Aktien wird etwas stärker. Besonders in Warschau wirkt sich dieses Interesse ziemlich energisch aus. Der Dollar, der noch am Montag inoffiziell mit 8 M. gehandelt worden sein soll, hat bereits heute wieder 10 M. erreicht. Offiziell ist das Interesse auch wieder belebt und es scheint, als ob die strenge Intervention der P. K. K. P. etwas nachzulassen begänne. Der Dollar wird wieder mit 9.3 und höher notiert, das engl. Pfund wird mit 40.8 M. genannt. Die offiziellen Notierungen sind für den Schweizer Frank 1.63 M., den Goldfrank 1.8 M., den holl. Gulden 3.495 M., die Tschechenkrone 265 000. Die Staatspapiere notieren wie folgt: Goldanleihe 13 M., Dollaranleihe 5.9 M., Zlotybons Serie II. A. 1.4 M. Die Prämienanleihe (Miljonówka) wird jetzt wieder stärker begehrt, da sich in immer stärkerem Maße die Meinung verbreitet, daß diese Prämienanleihe aufgewertet werden soll. Inwieweit diese Anschauung richtig ist, kann vorläufig niemand nachprüfen, da sich das Finanzministerium zu dieser Frage noch nicht geäußert hat. Der Freitagkurs war vorübergehend auf 1.2 M. für die Miljonówka gekommen. Gegen Schluß der Börse gab dieses Papier bis auf 800 000 nach.

Die Effektenbörse war in Warschau eigentlich nicht so recht flau wie bei uns in Posen. Die Papiere haben den erreichten Kurs zum Teil zu behaupten vermocht. Nur vereinzelte Werte haben stärker abbröckeln müssen. Besonders in dieser Woche hat sich die Warschauer Börse gegen Schluß erholt, und am gestrigen Freitag konnte die Börse sogar starke Tendenz melden. Die Börse setzt zu Beginn fest ein, flaut etwas ab und zieht zum Schluß wieder stärker an. Der Börsenzettel bringt folgende Kurse:

Bankwerte (in Millionen): **Dyskontowy 20.5, Handlowy 19.75,** Kredytowy 1.1, Przem. Lwowski 2.55, Zachodni 7.5, Związku Spółek Zarobkowych 19.5, Związku **Ziemian 0.55.**

Industriewerte (in Millionen): Sole Potasowe 31, Kiejewski 15.5, Puls 1.635, Spieß 4.6, Chodorow 26, Wildt 0.65, Michalow 3.4, Cegielski 3.05, Tow. Fabr. Cukru 17.25, Warsz. Kop. Węgla 25.5, Firner u. Gamper 3.1, Modrzejow 47, Ortwein 1.6, Pocisk 5.4, Starachowice 17, Ursus 5.65, Zyrardow 930, Haberbusch 16.25, Polska Nafta 2.4, Nobel 6.1, Spiritus 10, Zieleniewski 53.5, Brown Boveri 4.5, Polski Lloyd 0.45, Marynin 6, Trzebinia 3.8, Herbata (0.4), Konopie 2.45.

In Posen war diese Woche sehr flau. Das Angebot übertraf die Nachfrage bei weitem. Eigentlich hat sich die augenblickliche Krise des Geldmangels ganz besonders stark auf Posen gelegt. Von allen Seiten fanden und finden noch Realisationen statt. Der sehr starke Geldmangel bei den Banken wird jetzt langsam etwas nachlassen und wieder eine kleine Atempause schaffen. Gegen Schluß dieser Woche, also besonders am gestrigen Freitag, ist die Stimmung an der Börse etwas lebendiger geworden. Es ertönt nicht nur der Ruf des abgebenden Händlers, langsam zeigt sich eine Stimme, die auch wieder Werte sucht.

Daß die Papiere heute wieder stark unter dem wirklichen Realwert liegen, ist längst dem Uneingeweihten bekannt. Freilich zeigt auch die Steuerschraube, die den Betrieben selbst etwas sehr stark an die Kasse ging, hier wieder ihren Einfluß. Ob sich die Lage in der kommenden Woche beleben wird, kann heute nicht gesagt werden. Es ist anzunehmen, daß die ersten Tage noch etwas schwach liegen werden. Ebensogut kann aber auch die ganze kommende Woche noch schwach bleiben, wenn sich nicht besondere Veränderungen auf dem Geldmarkt fühlbar machen.

Handel.

♂ **Die polnische Ausfuhrgenehmigung für Eier** wird jetzt einem neuen und in mehrfacher Beziehung bemerkenswerten Verfahren unterworfen. Sie wird nämlich auf dem Ausschreibungswege, und zwar jeweils für die ganze Exportsaison, erteilt, wobei die Exportabgaben in ausländischen Valuten gezahlt werden müssen. Laut „Kurjer Poranny" beträgt das niedrigste Angebot für Exportabgaben pro Waggon 150 Pfund Sterling. Für das laufende Jahr wird die Eierausfuhr mit **15 000 Waggons** (gegen 926 im Jahre 1923) veranschlagt.

♂ **Die polnischen Ausfuhrabgaben für Rohnaphtha** sollen nach einem Vorschlag des Handelsministeriums auf 1,10 Goldfrank je Kilogramm Nettogewicht festgesetzt werden. — Die Sejmkommission für Handel und Gewerbe hat den Entwurf eines Ausfuhrverbots für Rohnaphtha angenommen.

♂ **Die Einführung eines polnischen Schutzzolls für landwirtschaftliche Erzeugnisse** ist in der am 29. Januar abgehaltenen Sitzung des Zollkomitees beim Ministerium für Handel und Gewerbe abgelehnt worden. Gegenstand der Verhandlungen war eine Denkschrift der Krakauer Landwirtschaftlichen Vereinigung. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß die Getreidepreise in Polen die Weltmarktpreise noch nicht erreicht haben. Zum Ausdruck kam jedoch, daß man für später eventl. an die Einführung eines Schutzzolls denken müsse, weil die Weltproduktion, mit Ausnahme von Amerika und Rußland, im Jahre 1923 die Friedensproduktion schon um 10 Proz. überstiegen und die russische Getreideausfuhr immer mehr zugenommen habe.

Verkehr.

✗ **Eine Herabsetzung der russischen Eisenbahntarife für Raffinadezucker und Petroleum von 20—25 Prozent** hat das Volkskommissariat für Verkehrswesen beschlossen. Gleichzeitig wurden die Tarife für Salz und für Wagengestellung auf den Friedensstand ermäßigt. Laut „Ek. Schisn" ist auch mit einer Ermäßigung des Tarifs für Eisenerze zur Erleichterung der Ausfuhr zu rechnen.

Wirtschaft.

§ **Die polnisch-deutschen Verhandlungen über die Versicherungsgesellschaften in Polnisch-Oberschlesien,** über die wir kürzlich berichteten, haben noch zu keinem positiven Ergebnis geführt. Die polnische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie diese Gesellschaften nicht in derselben Weise konzessionieren könne, wie das früher von deutscher Seite geschehen sei. Offenbar legt die polnische Regierung aber Wert darauf, das event. erforderliche Eingreifen Calonders (des Vorsitzenden der Gemischten Kommission für Oberschlesien) zu vermeiden und schlägt vor, das Verhältnis zu den einzelnen deutschen Versicherungsgesellschaften individuell zu regeln. Die Verhandlungen werden demnächst in Warschau fortgesetzt werden, sobald die weitere Sammlung von Material abgeschlossen ist.

Industrie.

⊙ **Von der ostoberschlesischen Hüttenindustrie wurden aus der** Tschechoslowakei im Jahre 1923 über 8000 Tonnen Eisenerze bezogen (gegen 6300 Tonnen im Jahre 1922).

⊙ **Deutsch-oberschlesische Koksindustrie.** Eine Erhöhung der Produktion ist seit Neujahr teilweise eingetreten. Der Absatz wurde durch Verkehrsschwierigkeiten beeinträchtigt. Die Nebenprodukte der Koksindustrie werden ständig gut gefragt.

⊙ **Von den polnisch-oberschlesischen Werken** wurden im Jahre 1923 gegen 40 000 Tonnen Alteisen verbraucht, das zumeist aus dem Inlande stammte.

⊙ **Die Baltische Baumwollspinnerei in Reval,** die bereits im Laufe des vergangenen Sommers genötigt war, wegen ungenügender Vorräte an Rohstoffen den Betrieb zu schließen, hat am 28. Januar abermals die Arbeit einstellen müssen, weil in der Baumwollzufuhr eine Verzögerung eingetreten ist. Alsdann soll zunächst wieder 6 Tage wöchentlich gearbeitet werden, bis der Lohnausfall, der durch die jetzige Stillegung verursacht wird, ausgeglichen ist. Für später ist aber mit weiterer Betriebseinschränkung zu rechnen.

Von den Banken.

△ **Die Zeichnungen auf Aktien der Polnischen Bank** sollen nach einer Meldung der „Rzeczpospolita" bereits flott vonstatten gehen. Ein großer Teil der Zeichner gehöre dem Mittelstande an. Der Einzeichnungstermin läuft mit dem 31. März ab. Die Einzahlungen auf die Aktien der Emissionsbank können erfolgen: 1. in Goldmünzen, die nach dem Zlotykurs berechnet werden (100 Zloty = 100 Franken der lateinischen Münzunion, = 81 deutsche Goldmark, = 37,5 russische Rubel, = 95,2 österreichische Kronen, = 19,3 Dollar, = 48 holländische Gulden, = 72 skandinavische Kronen, = 3,965 Pfund Sterling), 2. in reinem Gold, das mit einem Probevermerk des Prüfungsamtes versehen sein muß, wobei 1 Gr. reines Gold mit 3,44 Zloty berechnet wird, 3. in ausländischen Valuten und Devisen usw. nach dem Kurse 100 Zloty = 19,3 Dollar. (Die Geldbeträge in Pfund Sterling, holländischen Gulden, schwedischen, norwegischen, dänischen, tschechoslowakischen, österreichischen Kronen, französischen, belgischen, Schweizer Frank, italienischen Lire, kanadischen Dollars usw. werden nach dem Dollarkurs der nordamerikanischen Union, wie er an den ausländischen Börsen notiert wird, angerechnet.)

Geldwesen.

≡ **Zur Sanierung Polens.** Einen gewissen Anhaltspunkt zur Beurteilung des von uns bereits erwähnten optimistischen Voranschlags der Februareinnahmen durch Grabski bietet die jetzt vorliegende Übersicht der tatsächlichen Einnahmen des polnischen Staates aus Steuern, Abgaben, Monopolen, Manipulationsgebühren usw. für die letzten beiden Monate des Jahres 1923. Sie betrugen im November 7 459 291 119 000 Polenmark oder 23 423 441 Zloty und im Dezember 25 598 439 943 000 Polenmark oder 29 847 604 Zloty. Die hieraus hervorgehende Steigerung der Einnahmen im Dezember ist durch Erhöhung der mittelbaren und unmittelbaren Steuern entstanden. Die um ein Mehrfaches höher veranschlagten Einnahmen für Februar (88 150 491 Zloty) beruhen auf der Schätzung der einkommenden Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe. Ob diese Einkünfte sich tatsächlich genügend hoch belaufen werden, bleibt um so mehr fraglich, als die tatsächliche Getreideausfuhr à conto der Vermögenssteuer nur 10 000 Waggons anstatt der ursprünglich freigegebenen 40 000 und der von Grabski selber angenommenen 20 000 Waggons betragen hat. Angesichts der Schwierigkeiten, auf welche die Einziehung dieser Vorauszahlungen von der polnischen Industrie und Landwirtschaft auf die Vermögensabgabe gestoßen ist, hat sich das Ministerium bereits genötigt gesehen, mit Zwangseintreibung und militärischer Strafeinquartierung bei widerspenstigen Abgabepflichtigen zu drohen. Klagen über die Unmöglichkeit der Auftreibung der Mittel für die in den nächsten Wochen fällig werdende zweite Rate der Abgabe werden übrigens nicht nur bei der Landwirtschaft, sondern auch bei einer ganzen Reihe von Industriezweigen laut. Verhältnismäßig am besten scheinen die Einzahlungen in der Wojewodschaft Kattowitz vonstatten zu gehen. Nach einer Mitteilung des „Kurjer Poranny" gingen bei der dortigen Hauptstelle der Polnischen Landesdarlehnskasse im Dezember im ganzen Beträge im Werte von etwa 6 201 700 Zloty ein, im einzelnen nämlich 1 692 633,60 Schweizer Frank, 135 415,19 Pfund Sterling, 5839 Dollar, 237 846 holländische Gulden, 222.80 italienische Lire, 216 344,80 schwedische Kronen, 44 882,20 dänische Kronen, 7 280 524,85 tschechische Kronen und 60 000 norwegische Kronen. Der polnische Staatsschatz hat nach polnischen Blättermeldungen in letzter Zeit seinen Gold- und Silberbestand erheblich vergrößern können. Er betrug am 1. Januar 19 697 Kilogr. reines Gold und 110 939 Kilogr. Silber. Nach dem augenblicklichen Kurs hätte dieses Gold einen Wert von 13½ Millionen Dollar und das Silber von ca. 2 Mill. Dollar. Bei der Polnischen Landesdarlehnskasse ist der Zufluß ausländischer Valuten wieder stärker geworden. So gingen unlängst 205 000 Pfund Sterling für nach England exportierten Zucker ein, und demnächst sollen aus derselben Quelle noch 500 000 Pfund Sterling kommen. Auch die schon erwähnte Getreideausfuhr wird einen erhöhten Eingang ausländischer Valuten zur Folge haben. An der Warschauer Börse hat das Angebot von solchen bereits erheblich zugenommen. Die Liquidierung der Polnischen Landesdarlehnskasse ist Gegenstand einer Verordnung des polnischen Staatspräsidenten vom 1. Februar, wonach zu diesem Zweck ein Aufsichtsrat ernannt wird, dem auch Mitglieder des Aufsichtsrats der neuen Emissionsbank angehören. Die Kreditgewährung an den Staat durch die Landesdarlehnskasse hört mit dem 1. Februar auf. Am 20. Januar betrug die Verschuldung des Staates bei der Darlehnskasse 123 682 000 000 000 und der Banknotenumlauf 177 965 426 240 907 Polenmark (in der letzten Zahl ist die Staatsschuld mit enthalten). Lediglich als Gerücht sei eine Meldung des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" aus Rom verzeichnet, wonach eine italienische Anleihe für Polen in Höhe von 100 Millionen Lire zustande gekommen sein soll, wogegen Polen Staatseigentum und das Tabakmonopol verpfändet habe. (!) Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Sanierung des polnischen Finanzwesens hat sich auf dem Warschauer Markt bereits eine gewisse Preissenkung bemerkbar gemacht.

Von den Märkten.

Holz. Bromberg, 6. Februar 1924. (In Millionen Mkp. pro Festmeter). Kiefernrundholz 28, Eiche 38, Kiefernschnittmaterial (Tischlerbretter) 22, Kanthölzer 88, eichenes Tischlermaterial 96, Baumaterial 82. Tendenz schwach.

Posen, 6. Februar 1924. Oberförsterei Potrzebowice D. L. P. Posen. Lizitation am 15. Januar 1924. (In 1000 Mkp. pro m³) Buche V. 29 000, Kiefer II. 26 757, III. 24 671, Birke IV. 25 000, V. 20 000, Kiefer IV. 18 848. — Oberförsterei Czeszewo. Lizitation vom 22. Januar 1924. (Verladestation 10—15 km entfernt). Birke III. 34 466, IV. 35 988, V. 34 488, Fichte IV. 56 253, Stangen I. 6479 das Stück, II. 4633, Kiefer I. pro m³ 47 927, II. 58 670, III. 45 484, IV. 41 971, IV. (Wipfel) 45 208.

Wolle. Posen, 6. Februar 1924. (In Millionen Mkp.) Im Einkauf: I. Engl. Grob. 170, II. dünn 180, III. Dünn rein 190. Im Verkauf: I. 180, II. 190, III. 200. Wegen Geldmangel sehr schwache Tendenz. Einzelne Gattungen erniedrigten den Preis um 50 Millionen. Bedarf gering.

Edelmetalle. London, 6. Februar 1924. Gold 99⁹/₁₀. — **Paris, 6. Februar 1924.** Azotansilber 3,21, Chlorangold 7,40, Platin 34,90 pro g.

Metalle. Berlin, 8. Februar 1924. (1 kg in Goldmark) Raff. Kupfer 1,10—1,14, Orig. Hüttenweichblei 0,59—0,62, Hüttenrohzink 0,63 bis 0,66, Remelted Plattenzink 0,54—0,56, Orig. Alumin. Blöcke und Barren 2,10, Walz- und Drahtbarren (99 %) 2,20, Zinn (Banka, Straits, Austral) 4,90—5,00, Hüttenzinn (mindest. 99 %) 4,75—4,85, Reinnickel 2,30—2,40, Antimon Regulus 0,76—0,79, Silber in Barren (900 fein) 91,50—92,00.

Börse.

‡ **Warschauer Börse vom 7. Februar.** (Markt der nichtnotierten Werte). Chybie 65 000, Kujawy 120 000, Zbierski 5000 bis 6000, Zduny 200 000, Pruszków 900, Gazy 95 000, Jaworzno 140 000, Kauczuk 675, Lokomotywy 8300, Jabłkowscy Wilna 150, Nitrat 1400—1600, Opatowek 1200, Machlejd 6500, Hurt. Opalowa 250, Zeydler 2650, Przemysł Terpentynowy w Polsce 2700, Westrich 100 000, Zagajaski 6700.

‡ **Die P. K. K. P.** zahlte am 7. 2. 24 für Gold- und Silbermünzen die gleichen Preise wie am 6. 2. 24.

‡ **Posener Börse vom 7. 2. 24.** An der heutigen Börse sind besonders starke Umsätze in Aktien der Bank Cukrownictwa zum Kurse von 4 Millionen, Geiling 2 Millionen. Huta Miedzi ist sehr gesucht, Kabel 15 Mill. Angebot, Nobel mit 5 Millionen bezahlt. Tendenz für nichtnotierte Werte sehr fest.

‡ **Die polnische Mark am 7. Februar 1924. Danzig:** 0.648 bis 0.652 (Parität: 1540 000), **Auszahlg. Warschau** 0.628—0.632 (Parität: 15 875 000). **Wien:** 70—80 (Parität: 143,00). **Paris: Auszahlg. Warschau** 2,30 (Parität: 435 000). **London: Auszahlg. Warschau** 0.000002565 (Parität: 39 Millionen). **Prag:** 3,45—4,25 (Parität: 29 000) **Auszahlg. Warschau** 3,60—4,40 (Parität: 278 500). **Tschernowitz:** 0.0022 (Parität: 45 500). **Bukarest:** 0.00255 (Parität: 39 200).

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

	9. Februar	8. Februar
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—,—	600
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	825	800
Bank Zjednoczenia I.—III. Em.	—,—	175
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	1 900—2 000	1 900
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	800	700—725
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	250	230—250
Industrieaktien:		
Arcona I.—V. Em.	500—550—500	530—500
„Agrad" Złącz. Cegieln. Augustowo-Gradowice I.—III. Em.	—,—	400
R. Barcikowski I.—VI. Em.	200—195	170
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	1 200—1 250	1 100—1 150
H. Cegielski I.—IX. Em.	270—290	260—270
Centrala Rolników I.—VII. Em.	—,—	100
Centrala Skór I.—V. Em.	800—825—810	790—800
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	225	—,—
Galwana	—,—	180
Goplana I.—III. Em.	425—475—450	450
C. Hartwig I.—VI. Em.	300—295	300—290
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1 350—1 450	—,—
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	65—63	65
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	30—35	23
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	1 950—2 000	1 900—1 950
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—,—	250—240
Iskra I.—III. Em.	700—750	700
Len w Toruniu	400—550	—,—
Lakoma I.—II. Em.	200	—,—
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	20 000	20 000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	9 000	9 250—8 500—9 000
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	160—180	160
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	450	450
Młynotwórnia I.—V. Em.	400	375—400
Płótno I.—III. Em.	240—250	230—235
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	230	230
Piechcin, Fabryka Wapna i Cementu	1 900	1 850
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	525—560	500—520
Pneumatik I.—IV. Em.	60	50
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	55	50
Tkanina I.—IV. Em.	170	160
Tri I.—III. Em.	1 300	1 200
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	2600-2700-2600	2 200—2 400
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	4 000	4 000—3 900
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	140	150
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	525	510

Tendenz: etwas fester.

‡ **Die Goldmark in Polen,** errechnet aus dem Dollarkurs der Warschauer Vorbörse vom 9. 2. 24 (1 Dollar = 4.20 Goldmark) **2 215 000 Mkp.**

‡ **Danziger Dollarparität,** errechnet aus dem Guldenkurs der Danziger Vorbörse vom 9. 2. 24. 1 Dollar in Polen = 9 785 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark), 1 Goldmark = 2 305 000 Mkp.

‡ **Berliner Börse vom 8. Februar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam 1 581 038,** Brüssel 172 568, Christiania 564 585, **Kopenhagen** 684 285, Stockholm 1 103 235, Helsingfors 105 735, Mailand 184 538, **London 18 154 400, Neuyork 4 189 500,** Paris **195 510, Schweiz 732 165,** Spanien 536 655, Japan 1 855 375, **Wien** 60 049, **Prag** 121 695, **Jugoslawien 50 872, Budapest 147 630, Bulgarien 30 673.**

‡ **Ostdevisen in Berlin** vom 7. Februar. Freiverkehr. (In Millionen, poln. in 1000 Mk.) Auszahlung: Bukarest 21 642 G., 21 858 B., Riga 816 750 G., 833 250 B., Reval 10 840 G., 11 060 B., Kowno 416 790 G., 425 200 B., **Kattowitz 474 G., 486 B.** — Noten: polnische 438 G., 462 B., lettische 755 500 G., 794 500 B., estnische 10 040 G., 10 560 B., litauische 399 750 G., 420 250 B.

‡ **Züricher Börse vom 7. Februar.** (Amtlich.) Neuyork 5.74125, London 24.51125, Paris 26.61, Wien 0.008175, Prag 16.68125, Mailand 25.26125, Brüssel 23.67, Budapest 0.0199, Sofia 4.20, Amsterdam 216, Christiania 78, Kopenhagen 94, Madrid 73.3925, Belgrad 6.80.

‡ **Wiener Börse vom 7. Februar.** (Polnische Werte in 1000 Kr.) Mrażnica 182—190, Tepege 101—103, Montany 220, Zieleniewski 380, Apollo 880, Karpaty 438, Fanto 3250, Galicja 22 900, Schodnica 1175, Lumen 58.8, Bank Hipoteczny 26, Kolej Póln. 16 750, Nafta 2100, Lwów—Czerniowce 340, Bank Małopolski 20, Warsz. Bank Dyskontowy 164, Browary 260, Rakszawa 116.

Danziger Mittagskurse vom 9. Februar.

1 Million poln. Mark	0,60 Gulden
1 Dollar	5,81 „

Warschauer Vorbörse vom 9. Februar.

Dollar 9 225 000—9 275 000. Engl. Pfund 39 800 000. Schweizer Franken 1 610 000. Französischer Franken 429 000.

‡ **Valorisationsfrank für den 10. Februar 1924 1 800 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 8. Februar.

Devisen:

Belgien	386 000—384 000	Paris	436 000—432 000
Berlin	—,—	Prag	266 750—265 000
London	40 600 000—40 300 000	Schweiz	1 640 000—1 630 000
Neuyork	9 350 000—9 325 000	Wien	131 50—130.00
Holland	3 515 000—3 495 000	Italien	412 000—410 250
Goldfrank	1 800 000	Zlotybons IIa	1 350 000—1 400 000

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 9. Februar 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	25 000 000—29 000 000	Weizenkleie	11 000 000
Roggen	16 000 000—18 000 000	Roggenkleie	10 000 000
Weizenmehl	52 000 000—55 000 000	Peluschken	20 000 000—22 000 000
Roggenm.	31 000 000—34 000 000	Seradella	15 000 000—17 000 000
Gerste	17 000 000	Wicken	18 000 000—20 000 000
Braugerste	18 000 000—20 000 000	Felderbsen	18 000 000—24 000 000
Hafer	18 000 000—20 000 000	Vikt.-Erbsen	40 000 000-47 000 000

Stärkere Nachfrage bei schwächerer Zufuhr. — Tendenz: fester.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Die Liquidation deutscher Frauenvereine.

Die deutschen Sejmabgeordneten Graebe und Gen. richteten an den Ministerpräsidenten und den Finanzminister eine Interpellation, die sich mit der Liquidation des Vermögens der Deutschen Frauenvereine und der Hilfsvereine Deutscher Frauen in den ehemals preußischen Gebietsteilen beschäftigt. Die Interpellation lautet:

„In den letzten vier Monaten des Jahres 1923 hat das Liquidationskomitee in Posen den Beschluß gefaßt, die Grundstücke folgender deutscher Frauenorganisationen zu liquidieren: 1. des Deutschen Frauenvereins Posen, 2. des Deutschen Frauenvereins Czarnikau, 3. des Deutschen Frauenvereins e. V. Witkowo, 4. des Deutschen Frauenvereins für den Kreis Samter in Samter, 5. des Deutschen Frauenvereins Mogilno, 6. des Deutschen Frauenvereins Opalenica, 7. des Deutschen Frauenvereins Ostrowo, 8. des Deutschen Frauenvereins Rynsk, Kreis Schwetz.

In allen Fällen ist den Vereinen, die größtenteils ihre Namen und Satzungen im Laufe des Jahres 1919 geändert haben, in dem Liquidationsbeschluß keine Angabe gemacht worden, weswegen die Liquidation erfolgt. Infolgedessen sind die Vereine größtenteils nicht in der Lage gewesen, in ihren Protesten das nötige Material rechtzeitig herbeizuschaffen. Die Liquidation wäre aus zwei Gründen möglich, einmal aus dem Grunde, weil unterstellt wird, daß das Vermögen des Vereins dem Hauptverein in Berlin gehört, zweitens weil die Mehrzahl der Vorstandsmitglieder deutscher Reichsangehörigkeit ist. (S. das Gesetz vom 4. 3. 1920 über die Registrierung der deutschen Vermögen.)

Die Anwendung der Liquidation widerspricht den gegebenen Bestimmungen, denn die Vorstandsmitglieder waren überall zum überwiegenden Teil am 10. 1. 1920 polnische Staatsangehörige. Daß einzelne von ihnen später optiert haben und abgewandert sind, tut nichts zur Sache. Es muß jedenfalls aber als ein Mangel bezeichnet werden, daß das Liquidationsamt, welches scheinbar auch das Moment der Staatsangehörigkeit der Vorstandsmitglieder im Auge hat, dieses nicht angegeben hat. Der andere Grund könnte aber der sein, daß das Vermögen der einzelnen Vereine als dem Deutschen Frauenverein (Hauptverein) in Berlin gehörig betrachtet wird. Das ist jedoch bei keinem Vereine der Fall. Ferner scheint es, als ob § 1, Abs. b der Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 4. 3. 20 die Hand zur Liquidation gegeben habe, welcher besagt, daß Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften, welche von deutschen Untertanen verwaltet oder kontrolliert werden, unabhängig von der Art, den Zielen und Aufgaben dieser Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften oder diejenigen, welche auf Grund von deutschen Behörden bestätigter Satzungen errichtet sind, der Liquidation unterliegen. Es wird auch in der Antwort des Liquidationskomitees in Posen auf den Protest des Deutschen Frauenvereins in Mogilno angegeben, daß das Eigentum des Vereins der Liquidation unterliegt, da der Deutsche Frauenverein in Mogilno in enger Abhängigkeit von der Zentrale (Hauptverein) mit dem Sitz in Berlin sei. Die Abhängigkeit erkläre der § 1, 1, 10 des Statuts, welches am 10. 1. 20 den Verein verpflichtet habe. Eine derartige scheinbare Abhängigkeit kann das Recht der Liquidation nicht begründen. Im Jahre 1919 ist in den meisten Fällen eine völlige Lösung der Vereine von dem Hauptverein in Berlin und den für den Hauptverein geltenden Satzungen auf statutenmäßige und durch die Gerichte infolge Eintragung in das Vereinsregister anerkannte Weise erfolgt (zum Beispiel Deutscher Frauenverein Mogilno). Ferner aber unterliegt die Selbständigkeit der Vereine nicht den geringsten Zweifeln, wie das mit völliger Klarheit aus der Verfügung des preußischen Ministeriums vom 12. 4. 1917 hervorgeht, welche in der Anlage beigefügt ist. Das Liquidationskomitee in Posen hat behauptet, daß die Änderung des Namens eine Entäußerung des Vermögens des einen Vereins auf den anderen sei, daß eine solche Entäußerung im Sinne des Gesetzes vom 4. 3. 20, Art. 6 ohne Erlaubnis des Präses des Hauptliquidationsamtes nicht gestattet, sondern nach § 12 des Gesetzes sogar mit Strafe bedroht sei. Diese Ansicht ist juristisch durchaus unhaltbar. Von einer Entäußerung des Vermögens durch die Umänderung des Namens kann so lange keine Rede sein, als die Umänderung des Namens auf statutenmäßigem Wege erfolgt ist. Daß eine Änderung auf statutenmäßigem Wege vorangegangen ist, beweist die Vornahme der Eintragung in das Vereinsregister des betr. Gerichtes, welche in fast allen Fällen erfolgt ist. Somit entfällt auch die Notwendigkeit der Einholung der Erlaubnis des Präses des Liquidationsamtes. Ebenso kann von einer Bestrafung auf Grund des § 12 des Gesetzes nicht die Rede sein. Die Einholung der Erlaubnis des Präses des Hauptliquidationsamtes war im Jahre 1919 nicht möglich, da das in Frage kommende Gesetz vom 4. 3. 20 noch gar nicht in Kraft getreten war. Die Änderung im Grundbuch auf den neuen Namen ist fast in keinem Falle erfolgt. Daraus schließt das Liquidationsamt in Posen, daß sie am 10. 1. 20 noch nicht verpflichtete und daher rechtlich nicht bestanden habe. Es muß aber erwähnt werden, daß, wenn die Namensänderung gemäß den Statuten den Gesetzen entsprechend erfolgt ist, die Änderung im Grundbuch nicht verweigert werden kann, da sie eine reine Formalität ist.

Wir fragen daher die Regierung, insbesondere den Herrn Ministerpräsidenten und den Herrn Finanzminister:

1. Sind der Regierung diese Vorgänge bekannt, und wie stellt sich dieselbe zu der Auffassung des Hauptliquidationsamtes?

2. Ist die Regierung bereit, Anweisungen ergehen zu lassen, daß das Liquidationsverfahren eingestellt wird?

Warschau, den 31. Januar 1924.

Die Interpellanten.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 9. Februar.

Neue Bestimmungen für die Zahlung der 2. Vermögenssteuerrate.

Da bezüglich der 2. Vermögenssteuerrate noch vielfach Unklarheit herrscht, wird in einer der nächsten Nummern des „Dziennik Ustaw“ eine Verfügung des Finanzministers über die Einzahlung der 2. Vermögenssteuerrate bekanntgegeben werden.

Gemäß dieser Verfügung werden Personen, die nach Artikel 3 des Vermögenssteuergesetzes vom 11. August 1923 von der Zahlung der Vermögenssteuer befreit sind, nicht verpflichtet sein, die zweite Vermögenssteuerrate zu zahlen, obgleich sie in der Liste der Zahler verzeichnet sind.

Außerdem enthält die neue Verfügung die Festsetzung, daß die Höhe der 2. Vermögenssteuerrate folgende Grenzen nicht übersteigen kann:

1. Für Zahler der Gewerbesteuer 1., 2., 3., 4., 5 und 6. Kategorie von Gewerbeunternehmungen sowie 1. und 2. Kategorie von Handelsunternehmungen — die Hälfte der vom ganzen Vermögen errechneten Vermögenssteuer;

2. Für Zahler der Gewerbesteuer von Industrieunternehmungen der 7. Kategorie und von Handelsunternehmungen der 3. Kategorie sowie von Zahlern, die freie Berufe ausüben — ein Drittel der vom Gesamtvermögen errechneten Vermögenssteuer.

Wenn der Betrag der 2. Vermögenssteuerrate die oben festgesetzten Grenzen übersteigt, so wird der Zahler von der Entrichtung des Mehrbetrages befreit.

Die Befreiung oder Ermäßigung der Vermögenssteuerrate unterliegt der zuständigen Steuerbehörde unter Teilnahme von Sachverständigen. Die interessierten Zahler haben Eingaben um Ermäßigung der Raten an diejenige Steuerbehörde zu richten, die die Rate festgesetzt hat, spätestens innerhalb 14 Tagen nach der Bekanntmachung obiger Verfügung.

Gegen das Paßvisum.

Immer lebhafter erhebt sich der Ruf nach Aufhebung oder mindestens Erleichterung des Visumzwanges. Im nachstehenden lassen wir eine Äußerung des ungarischen Handelsministers Baron Szterenni über diese Frage folgen, die der Wiener „Neuen Freien Presse“ zugegangen ist.

„Die Revision des Paßwesens ist ein alter Wunsch aller jener Kreise, die für Kultur und Volkswirtschaft Verständnis hegen. Der gegenwärtige Zustand bedeutet eine mittelalterliche Erschwerung des Verkehrs. Der Visumzwang und die sonstigen Paßschikanen bedeuten eine absichtliche und künstliche Einschränkung des Verkehrs. Wenn man nach dem Zweck fragt, so wird derjenige, der zu antworten hätte, ernstlich verlegen und behilft sich schließlich mit dem Hinweis auf finanzielle Rücksichten und Gründe der staatlichen Sicherheit. Diese Argumente haben wir schon wiederholt zu hören bekommen. Die Berufung auf die finanziellen Rücksichten muß ernstem Zweifel begegnen, denn was der Staat auf der einen Seite durch die Einnahmen an Visagebühren gewinnt, verliert er vielfach durch den materiellen Verlust, den die Knebelung des Wirtschaftslebens mit sich bringt. Die Berufung auf politische Gründe wirkt geradezu lächerlich. Ich habe noch niemals gehört, daß es gelungen wäre, mit Hilfe der Visa die Spionage oder sonstige gefährliche staatsfeindliche Aktionen zu verhindern. Wer solche Absichten hegt, findet zur Umgehung auch der Visumvorschriften Mittel und Wege. Die Grazer Konferenz ließ die Hoffnung aufkommen, daß auf diesem Gebiete endlich eine Wendung eintreten wird. Leider war dies nicht der Fall. Vielleicht wird es gelingen, im Verlaufe der neuen Handelsvertragsverhandlungen eine beruhigende Lösung zu finden. Die natürliche Vorbedingung hierfür ist, daß jenes gegenseitige Mißtrauen, welches die Nachbarstaaten voneinander trennt, endlich einmal aufhöre, denn im Endergebnis ist es nur darauf zurückzuführen, wenn diese mittelalterliche Einrichtung noch immer fortbesteht.“

Der Direktor des Bundes der ungarischen Fabrikindustriellen, Dr. Max Fenyö, schreibt:

„Ich schließe mich in vollem Maße und mit tiefster Überzeugung jener Aktion an, welche die „Neue Freie Presse“ im Interesse der Abschaffung des Visumzwanges eingeleitet hat. Es ist undenkbar, daß wir große prinzipielle Fragen, wie die Einschränkung der Ein- und Ausfuhrverbote, die Abschließung freundschaftlicher Tarifverträge diskutieren, während wir in geringfügigen administrativen Fragen nicht jene nadelstichartigen Hindernisse aus dem Wege räumen können, welche in ihrer Auswirkung zu einer erheblichen Paralysierung des Verkehrs führen. Wir denken vergebens über die Gründe nach, welche die einzelnen Staaten zur Aufrechterhaltung des Visumzwanges bewegen mögen, wir finden dafür keine andere Erklärung als das Trägheitsprinzip. Denn wenn unsere Politiker und Staatsmänner nur einen Augenblick darüber nachdenken würden, welche Unannehmlichkeiten und Verkehrshindernisse dieser Zwang mit sich bringt, so würden keine 24 Stunden vergehen, und diese schädliche Einrichtung wäre abgeschafft. Doch nicht nur der Visumzwang, sondern auch der Paßzwang müßte innerhalb der kürzesten Frist abgeschafft werden, und man müßte im Reiseverkehr usw. jene Zustände wiederherstellen, die vor dem Kriege als selbstverständlich galten.“

Regelung des Verkaufs beschlagnahmter Waren. Das Innenministerium hat an sämtliche Wojewoden ein Rundschreiben verschickt, betreffend den Verkauf von beschlagnahmten Waren. Es handelt sich besonders um Warenvorräte, die auf Grund des Wuchergesetzes beschlagnahmt worden sind. Danach soll der Verkauf solcher Waren während der schwebenden Gerichtsuntersuchung nur mit Einwilligung des betreffenden Gerichts stattfinden können. Die Administrationsbehörden können nur solche Waren ohne weiteres verkaufen, die unter Umständen verderben würden, und deren Wert auf diese Weise gerettet wird, und nur dann, wenn die Waren auf Grund des erwähnten Gesetzes mit Beschlag belegt worden sind und gegen den vorherigen Eigentümer ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet ist.

Zur Berechnung der Umsatzsteuer für den Monat Januar gilt nach amtlicher Auskunft der Durchschnittskurs für Januar in Höhe von 1 437 420. Die errechneten Goldfrank werden nach Abzug des bisher üblichen einen Zwölftels des Patents in Goldfrank zu dem jeweiligen Valorisationskurs in Polenmark entrichtet.

*** Birnbaum, 8. Februar.** Kürzlich wurden, wie der hiesige „Stadt- und Landbote“ schreibt, auf dem Rittergute Charcie im Osten unseres Kreises eine Anzahl Personen, es sollen sechs Leute sein, von einem tollwutverdächtigen Hunde gebissen. Sie wurden zur Schutzimpfung nach Warschau geschickt.

Der Apotheker von Niedergersdorf

Roman von Otto Berndt.

(20. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Er war ein vorzüglicher Redner, der Herr Dr. Bernhard, und man sah ordentlich den Giftmischer nächtlicherweile, nachdem er jedes lauschende Auge entfernt, den Provisor nach Berlin und den Hausdiener heimgeschickt, mit den Giften hantieren, die Pralinees mit Arsenik füllen und dann sogar noch die Giftfläschchen am Boden zerschellen! Ein Gruseln überlief die Zuhörer, und der Staatsanwalt stand hoch aufgerichtet und rief mit lauter Stimme:

„So bin ich nun überzeugt, daß der Fall restlos geklärt ist, wenn auch der Angeklagte in seiner Verblendung auch jetzt noch keinerlei Reue zeigt und sein Gewissen nicht durch ein Geständnis erleichtert. Mag er vor Gottes Richterstuhl seine Verstocktheit verantworten, — unser Amt ist es, auf Erden zu richten, da wir ja den armen, hingemordeten Frauen ihr Leben zurückzugeben nicht imstande sind. Ich beantrage, den Angeklagten Carlos Mergener des überlegten, vorbedachten und vollendeten Giftmordes, verübt an seiner Kusine Margarete Gerhardt und deren Mutter, in vollem Umfange schuldig zu sprechen.“

Der Staatsanwalt setzte sich, und hätte der Vorsitzende sich nicht mahnend umgeschaut, die Zuhörer würden der vollendeten Rede Beifall geklatscht haben. So hörte man nur die Taschentücher, denn es war kaum eine Frau im Saale, die nicht bei der Erinnerung an die Toten geweint hatte.

Carlos Mergener saß mit unbeweglichem Gesicht. Ja, als der Staatsanwalt das „Schuldig“ beantragte, nickte er leise. Er machte den Eindruck eines Mannes, der einer fremden Sache als Zuhörer beiwohnte. —

„Der Herr Verteidiger hat das Wort!“

Rechtsanwalt Dr. Herrmann erhob sich. Er hatte es schwerer als der Staatsanwalt, denn Mergener hatte ihn durchaus nicht unterstützt. Aber Dr. Herrmann war ein ehrgeiziger Mann, und die Gelegenheit, in einem Sensationsprozeß, dessen Verhandlungen in allen Blättern Deutschlands abgedruckt wurden, zu plädieren, bot sich nicht alle Tage.

„Meine Herren! Der Herr Staatsanwalt hat von dem Angeklagten ein vollkommen einseitiges, nein, ein falsches Bild entworfen. Wohl, seine Jugend hat er genossen — vielleicht allzu durstig von dem schäumenden Becher des Lebens genascht! Er hat auch Schulden gemacht! Herrgott, welcher junge Mann tut es nicht! Er ist nach einem Streit mit dem Vater, vielleicht auch um sich den Gläubigern zu entziehen, nach Brasilien gegangen. Von da ab aber ändert sich das Bild. Er hat sich im Ausland redlich sein Brot verdient, — und wäre nicht der Krieg dazwischen gekommen, er wäre als wohlhabender Mann heimgekehrt. Aber auch er war ein Opfer des Krieges und des blinden Hasses unserer Feinde! Nur der Umstand, daß er ein Deutscher war, brachte es zuwege, ihn des Giftmordes an einer ihm vollkommen fremden Person zu zeihen. Das Gericht von Rio de Janeiro hat es selbst dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es ihn von jeder Schuld freisprach. Der Herr Staatsanwalt hat die Narbe auf seiner Stirn erwähnt und sie als Sinnbild seines wüsten Lebens bezeichnet. Diese Narbe ist ein Ehrenmal, denn er hat sie erworben, als er aus dem brasilianischen Internierungslager entfloh, um, ein glühender Patriot, den Versuch zu machen, sich den deutschen Fahnen zur Verfügung zu stellen! Es gelang ihm nicht, und er mußte drei furchtbare Jahre in den Wildnissen des Gran Chaco zubringen! Ein Mann, kehrte er dann nach Deutschland zurück und übernahm die Apotheke und dazu die eigenen Schulden von früher. Er machte keinen Versuch, seinen Gläubigern zu entgehen, — er hat jetzt wieder Jahre in Niedergersdorf gearbeitet, nichts als gearbeitet, unermüdlich, Tag und Nacht. Gönnte sich keine Erholung, keine Ruhestunde und zahlte ab. Fragen Sie den Zeugen Amtsrichter Heimholtz. Sie haben gehört, daß Mergener von Klagen und Zwangsvollstreckungen überlaufen war, aber diese hörten auf. Redlich hat er sich abgearbeitet, wenn ihm auch wohl oft das Leben zur Qual wurde. Der Herr Staatsanwalt hat gesagt, die Bürger hätten sich von ihm zurückgezogen. Im Gegenteil, er hat keinen Verkehr gesucht, weil er keine Zeit dazu hatte. Und war er nicht gewissenhaft in seinem Beruf? Hat er nicht seine Examina mit Auszeichnung bestanden? Konnte je über seine Tätigkeit der geringste Vorwurf erbracht werden? — Jetzt kommen wir zur Tat und ihre Vorbereitung. Er faßte den Plan, durch eine reiche Heirat seine Schulden los zu werden und sich zu sanieren. Ist das ein Zeichen von degenerierter Denkart? Ich kenne vortreffliche Beamte in hervorragenden Stellen, die es genau so gemacht haben . . .“

Ein Lächeln ging durch den Zuhörerraum, und doch war es sicher nur Zufall, daß der Verteidiger jetzt eben den Staatsanwalt Bernhard ansah, von dem er wußte, daß er selbst eine ältliche, sehr reiche Witwe geheiratet hatte und mit ihr ein großes Haus führte.

„. . . Ist es ein Wunder, daß die junge Kusine ihn fesselte? Ist es ein Verbrechen, daß er, wie viele andere,“ — die Blicke des Redners ruhten auf verschiedenen Niedergersdorfern — „ihr den Hof machte? Er wird eifersüchtig, weil er erfährt, daß Grete Gerhardt einen anderen liebt, er überhastet seinen Antrag und bekommt einen Korb. Meine Herren, Herr Mergener ist jahrelang in den Tropen gewesen, und nicht ungestraft. Diese Neigung zu tobenden Jähzornanfällen, die der Volksmund den Tropenkoller nennt, hat mancher redliche Mann heimgebracht. Ein Defekt des Nervensystems! Er erlitt einen solchen Anfall und schwatzte Unsinn. Meine Herren, haben Sie in Ihrem Leben schon einmal von einem Verbrecher gehört, der sich vorher auf die Straße stellt und ausgerechnet dem Gendarmen in die Ohren posaunt, daß er morden will? Und die Tat selbst! Sie haben dem Angeklagten alles Mögliche vorgeworfen, aber daß er dumm ist, hat auch der Herr Staatsanwalt nicht gesagt, und hätte es etwas Dümmeres geben können als diese Tat? Der Mann kauft im Orte Pralinees, vergiftet sie mit Arsenik und schickt sie aufs Schloß, ausgerechnet mit der Medizin, die er absichtlich in tödlicher Form hergestellt haben soll! Meine Herren, es ist eine Art der Genugtuung, wenn es dem Gericht gelingt, ein so grausiges Verbrechen so schnell aufzuklären; aber wenn Carlos Mergener der Täter wäre, dann hätte das Gericht in der Tat leichte Arbeit gehabt, und der Schuldige hätte geradezu alles getan, um auch lückenlos sich selbst den Richtern zu überliefern. Aber im Gegenteil: Sie haben gehört, wie er ehrlich die Versuchungen zugab, die ihn überkamen, und wie er mit ihnen gerungen. Das Bild in jener Nacht war anders, als der Herr Staatsanwalt schilderte! Nicht ein Verbrecher hantierte in dem düsteren Laboratorium, sondern ein redlicher Mann kämpfte den Kampf mit dem Versucher — kämpfte und siegte! . .

(Forts. folgt.)

KAZIMIERZ KUŻAJ, POZNAŃ

Schliessfach 157. — Schliessfach 157.

Abteilung I: Wożna 12
Poznańska Hurtownia Sukna
(Posener Tuchgrosshandlung).
Tuchlager für Grossverbraucher.
Spezialität:
Konfektionsstoffe. Decken. Plaids.
Verkauf zu Fabrikpreisen nur an Wiederverkäufer.

Abteilung II: Stary Rynek (Alter Markt)
SUKIENNICE (Tuchhallen)
Stoffe für Herren und Damen.
Spezialität: Bielsko-Bielitzer Erzeugnisse.
10% auf Winterwaren trotz herabgesetzter Preise
Gross- und Kleinverkauf.

Abteilung III: Wożna 12. — W. Garbary 19.
Centrala dywanów
(Teppichzentrale).
Grösstes Teppichlager aller Arten.
Spezialität:
Handgeknüpfte hochwertige Teppiche
Alleinverkauf der Firma
„Bielitzer Teppichindustrie".

Gegr. 1896. ✤ Telephon 3876. ✤ Eigenes Geschäftshaus. ✤ Telegr.-Adresse: „MERKUR".

Internat des Werkenthin-Füllner-Lyzeums
(3190
in Warmbrunn i. Riesengebirge (Schlesien).
Herrliche Lage, beste Referenzen, gute Verpflegung.
Anmeldungen an **Frl. v. Bitter, Warmbrunn.**

Das Beste
für Jung und Alt ist und bleibt
„MALTOPOL"
das reine und natürliche
Heil- u. Nährmittel für Lungen- und Magenkranke, Blutarme, Bleichsüchtige.
Zu haben in sämtlichen Apotheken und Drogerien.
Fabryka Wyrobów Słodowych „MALTOPOL"
Kartuzy-Pomorze.
Telephon 7. Telegr.-Adr.: „MALTOPOL".

Nähmaschinen, Zentrifugen
Fahrräder, Gummis,
Ersatzteile jeder Art.
Fräs- u. Dreharbeiten.
Reparaturen präzise und schnell.
Maschinenhaus Warta
Gustav Pietsch, Poznań
Wielka 25 (früher Breitestrasse).

Alleiniger Hersteller der
EUROPA-Breitdreschmaschine
und
DIADEM-Kartoffel-Sortiermaschine
Maschinenfabrik u. Eisengießerei K. MIELKE
Chodzież — Kolmar.
Sämtliche landw. Maschinen und Ackergeräte Milchzentrifugen usw zu **konkurrenzlos billigen Preisen.**
Teilzahlung gestattet.
Für Gniezno (Gnesen) u. Umgegend
Hauptvertreter: **Józef Konieczny, Gnesen.**

Alt-Blei
von alten Bleiröhren (Weichblei),
sowie alle leere Zinn- u. Bleituben
kauft jedes Quantum
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Postbestellung.
An das Postamt
in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Februar 1924

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Bekanntmachung!
Original amerikanische Getreidemäher — Grasmäher Deering
in jeder Hinsicht sämtlichen anderen Fabrikaten überlegen, erhalten wir aus Amerika im März d. Js.
Alleinige Verkaufsstelle:
Związkowa Centrala Maszyn Tow. Akc.
Poznań, Wjazdowa 9.



Górnośląskie
Przedsiębiorstwo Węglowe Poznań
Poznań, Wały Zygmunta Augusta 3
Tel. 1296, 3871 — Telegr.-Adresse: Węgleślązkie
832) empfiehlt in jeder gewünschten Menge
zu den billigsten Tagespreisen
Kohlen, Koks, Briketts, Torf, Brenn- u. Grubenholz.

Achtung!
Poznań, Kleine Gerberstrasse (Ecke Judenstr.).

Spezialgeschäft nur zum Einkauf roher Rauchwaren wie
Fuchs-, Marder-, Iltis-, Fischotter-, Kanin- und Hasen-
Felle,
Rosshaare usw.
Nur diese Firma zahlt die höchsten Konkurrenzpreise.
Bitte um gütigen Zuspruch.

Düngekalk
offeriert preiswert
Gustav Glaetzner,
Dachziegel-Zentrale u. Baumaterialien-Großhdlg.
Tel. 3579. Poznań 3, ul. Przemysłowa 1. Gegr. 1907.

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert **L. Zippert,**
Gniezno.

TaniSklep
Poznań, Wrocławska 15
(vorm. Breslauerstr.)
verkauft
Stoffe zu Herren-Anzügen, Damen-kostümen und Mänteln.
Herren-Garderobe.
Elegante Anzüge,
chike Hosen,
seidene Westen,
Joppen
und Paletots
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
zu billigsten Preisen
TaniSklep
Poznań, Wrocławska 15
(vorm. Breslauerstr.)

Autoreifen
Autobenzin
offeriert (744
in nur prima Qualitäten
unter Konkurrenzpreisen
„Brzeskiauto" T. A.,
Poznań, ul. Skarbowa 20.

Hebamme
erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen **R. Skubińska, Bydgoszcz-Wilczak, Nakielska 17, 2 Tr.**



Otto Wiese
BYDGOSZCZ
Telefon 459 — Dworcowa 62.

Lampenschirme und Teepuppen
werden angefertigt bei
Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 26 I. r.